

Josef Engert – Antidemokrat und Antisemit, „Universitätsvater“ und Namenspatron



Josef Engert 1962. "Wunderbares Erleben in den ersten Kriegswochen." Foto: Fotostelle Stadt Regensburg

Der Theologe Josef Engert gilt als Vater der Universität in Regensburg, wo eine Straße und ein städtischer Preis für wissenschaftliche Arbeiten seinen Namen tragen. Der vor 50 Jahren verstorbene römisch-katholische Priester und ehemalige Philosophieprofessor Engert habe „Deutschlands Tradition der Aufklärung“ und eine „christlich-abendländische Geisteshaltung“ verkörpert. Dies zu wiederholen, werden seine Freunde und Bewunderer nicht müde, wie zuletzt der Ex-OB Hans Schaidinger 2008 beim 60sten Gründungsjubiläum der *Freunde der Universität Regensburg e.V.*

Dass Josef Engert ein kriegstreibender völkischer Monarchist war, der 1933 den NS-Staat begrüßte und *Rasse, Blut und Boden der heimatlichen Erde* als gottgegebene Grundlage des aufkommenden NS-Regimes verkündete, ist kaum bekannt. Folgende Recherche soll daher Abhilfe schaffen.

In einem weiteren zweiten Teil wird die Zeit des Nationalsozialismus, in einem dritten die Nachkriegszeit und einem vierten die fragwürdige heutige Gedenkpolitik um Engert behandelt werden.

I. Engert: Plan zur Uni-Gründung „ausschließlich mein geistiges Eigentum“

Josef Engert war wohl ein außergewöhnlich begabter, strebsamer Schüler und Theologiestudent. Jedenfalls wurde er bereits 1904, im jungen Alter von 22 Jahren, zum Priester geweiht und übernahm daraufhin eine Stelle als Kaplan. Ein Jahr später promovierte er in Theologie und zwei Jahre darauf in Philosophie. Nach einer Zeit als Religionslehrer kam er im August 1914 an das Lyzeum in Dillingen. Dort hatte er eine außerordentliche Professur für Philosophie und Theorie der Pädagogik.

Neun Jahre später, im November 1923, bekam Engert, Mitglied in der *Katholischen Studentenverbindung Agilolfia*, einen Ruf als Ordinarius für Philosophie an die Philosophisch-theologische Hochschule (PTH) Regensburg, wo er von 1928 bis 1931 und von 1942 bis 1947 als Rektor amtierte. Im Juni 1948, im 67. Lebensjahr, musste er trotz seines Protests die Philosophen-Kanzel verlassen. Das Professorenkollegium der PTH wollte ihn offenbar loshaben und sprach sich einstimmig gegen eine weitere Verlängerung seiner Lehrtätigkeit aus. Hierbei spielte Engerts Engagement für das NS-Regime eine hintergründige Rolle.

Sein Mitte 1948 beim Kultusministerium vorgetragener Wunsch, man solle ihm doch in Amt und Würden „noch die Errichtung oder das Geschick der neuen Universität erleben lassen“, blieb ihm verwehrt. Die zeitnahe Verwirklichung einer Universität in Regensburg währte er offenbar in greifbarer Nähe, obwohl dies seinerzeit strittig war und er zunächst eine Philosophische Hochschule kirchlichen Zuschnitts im Kopf hatte. Unter anderem wegen seiner „Denkschrift zur Errichtung einer neuen Universität in Bayern“ von Januar 1948 verfiel er allerdings einer skurrilen Überbewertung seiner eigenen Rolle. Tatsächlich bestand er in einem Schreiben vom September 1948 an seinen Kollegen Hans Dachs darauf, „daß der Gedanke und Plan zur Gründung einer Universität in Regensburg ausschließlich mein geistiges Eigentum ist, und die Initiative weiterhin ausschließlich bei mir blieb.“

Bevor diese Zusammenhänge und die Nachkriegszeit näher beleuchtet werden, sollen einige aussagekräftige Stationen des Lebens von Josef Engert vor der Zeit des Nationalsozialismus geschildert werden.

Christianisierung der „ostasiatische Rassen“ als deutscher Fortschritt

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg sah sich Josef Engert dazu berufen, in einem Memorandum weltpolitisches Terrain zu beschreiten. Anlässlich des 25jährigen Thronjubiläums von Kaiser Wilhelm II. von 1913 verfasste er, damals noch Religionslehrer, eine Denkschrift und regte die Gründung einer Missionsstiftung an. Diese solle an einer katholischen Fakultät einer bayerischen Universität eingerichtet werden, um dadurch „den deutschen Namen auf dem Erdenrund, insbesondere aber in den deutschen Kolonien, zu neuen Ehren zu bringen.“ Die weltweit verbreiteten Naturreligionen wie Brahmanismus und Buddhismus seien kulturfeindlich, der Islam kein Kulturfaktor. Jede nichtchristliche Religionsform wirke „nicht befreiend auf des Geist und den sittlichen Willen des Menschen ein, sondern bindend“. Hier gelte es zu handeln.

Doch habe das Ganze, laut Engert, auch eine existenzielle Dimension. Die seiner Ansicht nach anstehende Bedrohung des Abendlands durch „ostasiatische Rassen“ könne, – ja müsse, so Engert – durch deren Christianisierung abgeschwächt werden. Mit dieser Stiftung könne „die Verbindung des religiösen Zweckes mit dem patriotischen“ dargelegt werden; ebenso, dass „die Ausbreitung des Glaubens und deutscher Fortschritt zusammengehen, sie auch im Gedenken des deutschen Volkes

zusammengehören.“ Für das katholische Bayern sei es eine Ehrenpflicht, ein solches Missionsinstitut zu gründen und zu betreiben.

Auch wenn das zuständige bayerische Kultusministerium Engerts Denkschrift schlicht ignorierte, wird darin ein spezielles christliches Sendungsbewusstsein deutlich: Am christlich-deutschen Wesen soll die Welt genesen. Bemerkenswert ist auch, dass Engert als katholischer Theologe meinte, es den bereits seit den 1860er Jahren existierenden protestantischen Missionsinstituten gleichzutun zu können, ohne sie zu erwähnen. Als 1917 an der Universität Münster ein Lehrstuhl für katholische Missionswissenschaft errichtet wurde, spielten Engerts Deutschtümelei und Denkschrift keine Rolle. Er selbst war in dieser Zeit für einige Monate Feldgeistlicher in der Türkei.

Die Stimme Gottes in den ehernen Schlägen der Kanonen des ersten Weltkriegs

Wenige Tage vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde der 32 Jahre junge Dr. Josef Engert an das Dillinger Lyzeum berufen. Wie hunderttausende Andere auch zog er am 3. August 1914 als Freiwilliger in den Krieg. In seiner Propaganda-Schrift *Vom Sinn des deutschen Krieges – Kriegsgedanken* von 1916, schwärmt er von seinem „Augusterlebnis“:

„Was war es doch für ein wunderbares Erleben in den ersten Kriegswochen, als unsere Heere Schlag auf Schlag den Feind zu Boden schmetterten, als Feste für Feste fiel, und nichts unserem Stürmen und Drängen standhalten konnte.“ (S.18)

Als das *Stürmen und Drängen* in den Schützengräben steckenblieb, kehrte der Lazarett-Geistliche Engert im November 1915 nach Dillingen zurück und nahm erst im Dezember die Vorlesungen auf. Seine *Kriegsgedanken*, die er zunächst auf Veranstaltungen mündlich vorgetragen hat, lesen sich wie eine völkische Denkschrift zur Begründung eines Heiligen Kriegs.

Die aktuellen Kriegserlebnisse seien

„wie die Sonne, wärmend und leuchtend, wie ein gewaltiges Feuer glüht es im Herzen des Einzelnen und des ganzen Volkes: Sein oder Nichtsein ist heute die Frage. Deutsches Geistesleben, deutsche Kultur, deutsches Rechtsempfinden, auch deutsch fühlende und denkende Religiosität, eine ideale Weltanschauung steht auf dem Spiele.“ (S. 6)

Nie sei Gott *dem deutschen Volke* so nahe gewesen – um „es umzuschaffen, zu erneuern und zu läutern im blutigroten Feuer“. Wer genau hinhorche, „der hört aus den ehernen Schlägen der Kanonen, den stillen Gräbern, den Wogen des Weltenmeeres, den Wunden und Kämpfen die Stimme Gottes heraus.“ Die gesellschaftliche Zwietracht und Klassenspaltung seien überholt, „ein Volk von 70 Millionen ist eine Familie geworden.“ (S. 11) Angesichts des Ausbleibens der anfänglichen militärischen Erfolge gelte es unbedingt durchhalten. „Wer den Willen zum Siegen verliert, der ist schon besiegt. Darum keine Jammerbriefe an die Front! Wer das tut, begeht Unrecht.“ (S. 20) An seine Zuhörer- und Leserschaft appelliert er, dem furchtbaren Lügenfeldzug, „den man gegen unseren Kaiser, sein tapferes Heer und das Vaterland eingeleitet“ habe, keine Glauben zu schenken. Das Vaterland brauche „Männer, opferfroh, kräftig und stark.“ (S.15)

In der Frage nach „der sittlichen Erlaubnis des Krieges“ folgt Engert vorbehaltlos Kaiser Wilhelm, der von Notwehr gesprochen hatte:

„Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat.“

Auch wenn die Kriegsgegner ebenso argumentieren würden, führe für den gewöhnlichen Mann an der Loyalität gegenüber Autoritäten kein Weg vorbei. Engert lädt seine völkische Kriegspropaganda explizit theologisch auf. Der Krieg sei erlaubt als „einzig mögliches Mittel zur Erhaltung unserer deutsch-völkischen Kulturgemeinschaft“, er sei „ein Akt der Notwehr und sittlich gut und von Gott erlaubt.“ (S. 27) Indes gehe der Soldat nicht hinaus, um zu töten, um Kulturwerte zu zerstören, sondern um Frieden zu erzielen. Im Kampfe selbst aber liege „die höchste Kraftäußerung, Kreuzzugsstimmung: Gott will es! Denn der Soldat kämpft für Gottes Gerechtigkeit und den Frieden in diesem Reich Gottes“. (S. 37) Und das Wichtigste zuletzt: Nur die Religion vermöge in fürchterlichen Zeiten „Kraft und Mut zu geben zum Aushalten, zum Streben nach dem Höchsten, zur Opfer des Lebens“. (S. 41)

Priesteramtskandidaten – opferfrohe Männer?

Auch Priesteramtskandidaten der Diözese Regensburg zogen opferfroh in den Krieg. Von den etwa 300 Seminaristen, die „den Talar mit der Uniform“ tauschten, starb fast jeder Dritte auf dem „Altar des Vaterlandes“.

Josef Engert propagierte 1916 eher eine deutsch-völkische als eine katholische Theologie. Auch wenn er mit seiner Kriegsbegeisterung eine gesellschaftliche Mehrheit repräsentierte, ragt er mit seiner mit Deuschtümelei aufgeladenen Kreuzzugsrhetorik deutlich heraus. Wie schon mit seiner Missions-Denkschrift zur Rettung des Abendlandes vor den „Ostasiatischen Rassen“ drängte er sich mit seinen eifrigen *Kriegsgedanken* in die ersten Reihen der Kriegsverherrlichung. Für sein außergewöhnliches Kriegsendagement bekam Engert im Januar 1918, just zu dem Zeitpunkt als der spätere erste Ministerpräsident des Freistaats Bayern, Kurt Eisner, Streiks in den Munitionsfabriken zur Beendigung des Kriegs organisierte, das „König Ludwig Kreuz“ verliehen.



„Unseren Toten beider Kriege“. Gedenkstein der Philosophisch-Theologischen Hochschule Regensburg.
Foto: Werner, 2014

***Königlich-Bayerisches Lyzeum* wird Hochschule und Bayern Freistaat**

Als im November 1918 der Krieg beendet wurde und Kurt Eisner den bayerischen König Ludwig III. für abgesetzt erklärte, mussten auch die Königlich-Bayerischen Lyzeen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Obwohl die Kirchen gemäß der Weimarer Verfassung ihre Priesterausbildung eigenständig organisieren und bestreiten hätten können, wurde die bisherige staatliche Trägerschaft nicht angetastet. Nur, dass die Lyzeen im Jahre 1923 in „Philosophisch-theologische Hochschulen“

(PTH) umbenannt wurden. Allerdings blieben sie unverändert unter der Verwaltung des Bayerischen Kultusministeriums. Die Ministerialverwaltung ging mit dem Systemwechsel pragmatisch um: Man strich auf dem Aktendeckel der Personalakte Engerts (MK 44585) „Königlich-Bayerisches Lyzeum Dillingen“ durch und schrieb darunter „Philosophisch-theologische Hochschule Regensburg“. Staatskirchenrechtlich wurden der Wechsel und die entsprechenden Modalitäten, inklusiv der staatlichen Finanzierung der PTH, im Bayerischen Konkordat von 1924 geregelt. Ebenso sind darin erweiterte Rechte der Diözesanbischöfe fest geschrieben. So zum Beispiel im Artikel 3 ihr Einfluss bei der Berufung und Überwachung der beamteten Theologen der PTH und der Universitäten („Missio canonica“ – Lehrbefugnis), der sich bis heute erhalten hat.

Der Demokratische Staat als Erbfeind

Die demokratische Ordnung des Freistaats lehnte Engert ab. Im Gegensatz zum Kaiserreich entsprach sie nicht seinen Vorstellungen von einer von Gott gegebenen Ordnung. Die Zerschlagung des monarchistischen Systems von *Altar und Krone* galt in seinen Kreisen als Katastrophe, der Frieden als schrecklich.

Der Theologe Engert betrachtete den damals entstandenen Freistaat Bayern als *liberal-demokratischen Staat* und somit als *den Erbfeind christlichen Denkens*. Anstatt am deutsch-völkischen Gottesbild zu (ver)zweifeln, bekämpften Leute des politischen Spektrums Josef Engerts, organisiert in Freikorps, zunächst im Mai 1919 die Münchner Räterepublik und später die Weimarer Demokratie. Auch Regensburger Priesteramtsstudenten kämpften „todesbereit“ gegen „die furchtbare Entwicklung“ und „befreiten die Landeshauptstadt und damit ganz Bayern vom Druck gewissenloser Abenteurer“ (S. 159) – so die PTH-Gedenkschrift für die gefallenen Theologiekandidaten, die Engerts Kollege Julius Krieg im November 1923 publizierte.

Regensburger Theologiestudenten reihten sich demnach in die *Freiwilligenkompanie Sengmüller* ein, die in der Osterwoche 1919 von Regensburg aus gen München zog und dort im *Freikorps Epp* aufging. Rund 500 Republikanhänger – und solche die man dafür hielt – wurden damals von Freikorps getötet. Auch der spätere Nazi-Bürgermeister und SS-General Otto Schottenheim trieb sein Unwesen in der *Sengmüller-Kompanie*, deren Rückkehr und Einzug in Regensburg Mitte Mai 1919 „einem Triumphzug“ geglichen habe. Die eben zitierte Gedenkschrift brüstet sich zudem stolz mit einem *Freikorps Regensburg*, das kurz darauf gebildet worden sei und „zum Grenzschutz gegen die Tschechen in den Bayerischen Wald ging“. (S. 161) Weitere Angaben dazu fehlen leider.

Engert war mit seiner Ablehnung des demokratischen *Freistaates* nicht allein, ein sehr großer Bevölkerungsanteil stimmte mit ihm überein. So auch Bischof Buchberger, vormals auch Feldgeistlicher. Dieser posaunt in der Festschrift *Zwölfhundert Jahre Bistum Regensburg* (1939) über die Münchner Republik mit Nazi-Vokabular: Kirche, Seelsorge und katholische Vereine hätten „sich entschlossen und mutig der *Revolution* und Volkszersetzung entgegen“ gestellt.

Engerts deutsch-völkische Einstellung zeigt sich auch daran, dass er seine bereits erwähnten *Kriegsgedanken* von 1916 mit Gedichten des antisemitischen Heimatdichters und späteren Ehrenbürger Passaus, Franz Schrönghamer, unterlegte:

„Herrgott rief germanische Mannen zum Streite, Wir fochten für ihn, er stand uns zur Seite. Wir lagen im Feld gegen Hunnen und Heidenhorden, Und wir sind Gottes Brustwehr geworden“. (S. 22)

Eine politisch-geistige Standortbestimmung und Sympathiebekundung gegenüber Schrönghamer, der 1919 glaubte der Menschheit *gemeinverständlich darstellen* zu müssen, wo er das grundsätzliche Weltenübel wäht. Des Dichters Hetzschrift trägt den Titel „Judas der Weltfeind. Was jeder über die Juden wissen muß: die Judenfrage als Menschheitsfrage und ihre Lösung im Lichte der Wahrheit“. Eine antisemitische Hakenkreuz-Ideologie zeichnet sich hier bereits deutlich ab.

Von Volk und Vaterland zur völkischen Ideologie

Als Engert im Oktober 1931 erneut zum Rektor der PTH ernannt wurde, versicherte er dem Ministerium, es sei ihm eine selbstverständliche Pflicht, „treu und gewissenhaft in meinem Dienst und außerhalb desselben für Volk und Vaterland tätig zu sein wie bisher.“ (Personalakt MK 44585) Von „Rasse“ und „Blut“ sprach er damals – soweit bekannt – noch nicht. Dies waren die Schlüsselbegriffe der anwachsenden NS-Bewegung, die in Bayern aufkam. Lion Feuchtwanger analysierte sie bereits Ende der 1920er Jahre meisterhaft und beschrieb sie eindringlich in seinem Roman ERFOLG (1930).

Innerhalb der katholischen Professorenschaft hatte der *Blut-und-Rasse-Diskurs* seinerzeit keine öffentliche Zustimmung. Gleichwohl sah sich die bayerische Bischofskonferenz im Hirtenwort vom Februar 1931 veranlasst, vor dem Nationalsozialismus und seinen „kulturpolitische(n) Auffassungen“ zu warnen, die „mit der katholischen Lehre nicht vereinbar“ seien. Diese Warnung war nicht unangebracht. Denn nach Beobachtungen von Pater Rupert Mayer, der NSDAP-Veranstaltung besuchte und dort intervenierte, sei es unbegreiflich aber wahr, „daß der Hitlerschwindel wieder die weitesten, auch katholischen Volkskreise erfasst“ habe, in der Stadt und besonders auf dem Lande. So Mayer in seinem Schreiben an Kardinal Faulhaber vom September 1930.

Die Schwierigkeit, gegenüber der völkischen Ideologie eindeutig Position zu beziehen, zeigt sich vor 1933 ebenso bei katholischen Gelehrten, die diese Weltsicht kritisch beäugten. Zum Beispiel auch bei Sebastian Killermann, einem PTH-Kollegen Engerts. So versuchte der Priester und Theologe Killermann in seiner Schrift „Urgeschichte und Rassenkunde des Menschen“ von 1931 die überhöhte Bedeutung der für ihn tatsächlich gegebenen „Rassen“ gegenüber der christlichen Bestimmung des Menschengeschlechts, „eine Gottesgemeinde zu sein“, zurückzuweisen. In dieser Hinsicht kritisierte er die Hauptprotagonisten des *Blut-und-Rasse-Diskurses*: die „Germanophilen“, die „unser eigen Blut zu sehr hochheben und anderes verachten“ (S. 302) und in der protestantischen-liberalen Weltanschauung beheimatet seien. Killermann beanstandet zwar die angebliche Überlegenheit der „nordischen Rase“, macht sich den völkischen Diskurs jedoch mit der Formulierung „unser Blut“ zu eigen.

In der Ideologie des Völkischen trafen sich unterschiedliche Konfessionen, „deutschgläubige“ und antiklerikale Gruppierungen. Die völkisch-rassistische Ideologie und der antisemitische *Blut-und-Rasse-Diskurs* waren das gemeinsame Fundament, auf dem das nationalsozialistische Deutschland sprunghaft wachsen konnte.

II. Josef Engert - Propaganda für das NS-Regime als „Ehren- und Herzensache“

Der Theologe und Philosophieprofessor der Philosophisch-theologischen Hochschule (PTH) Josef Engert gilt als Vater der Universität in Regensburg. Ein städtischer Preis trägt seinen Namen. Tatsächlich war Engert ein Antidemokrat und Antisemit. Nachdem im ersten Teil die Zeit vor 1933 behandelt wurde, wird nun versucht, anhand von ausgewählten Briefen und Schriften Engerts anwachsendes völkisch-christliches Engagement für den Nationalsozialismus nachzuzeichnen.



1962: OB Rudolf Schlichtinger (re.) verleiht die Silberne Bürgermedaille an Josef Engert. Foto: Fotostelle Stadt Regensburg

Bald nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 erkannten auch die deutschen katholischen Bischöfe den nationalsozialistischen Staat ausdrücklich als rechtsgültige staatliche Oberhoheit an. Staatskirchenrechtlich wurde diese Anerkennung im Juli 1933 mit dem Abschluss des *Reichskonkordats* vollzogen. Darin wurden das *Bayerische Konkordat* von 1924 und die Priesterausbildung an Philosophisch-theologischen Hochschulen (PTH) bzw. katholischen

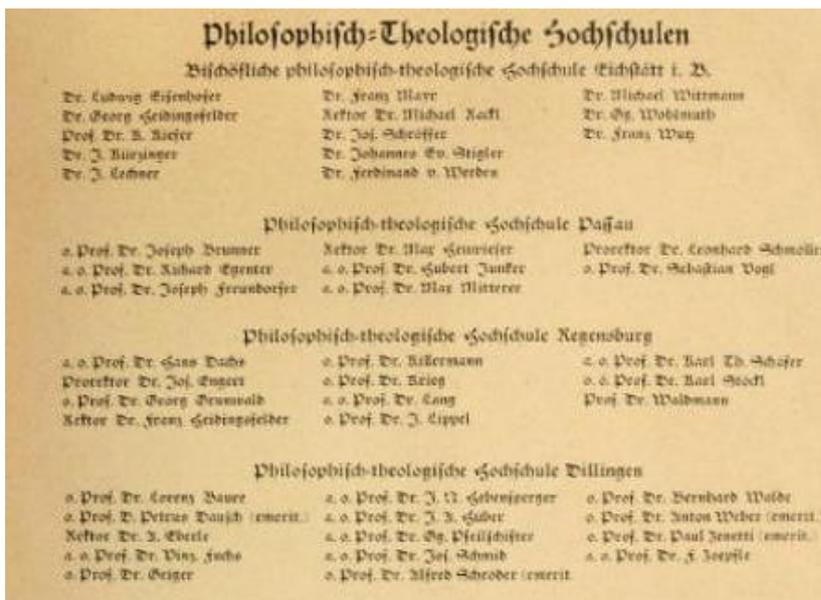
Fakultäten der Unis ausdrücklich bestätigt. Die politischen Parteien des Katholizismus, Zentrum und BVP, lösten sich bereits im Sommer 1933 auf.

Das Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat

Von der Regensburger PTH ist in der Zeit nach der Machtergreifung keine Ablehnung des NS-Regimes überliefert. Im Zuge der Organisierung der Bücherverbrennung auf dem Neupfarrplatz von Mai 1933, wird eine antisemitische Tendenz an der PTH deutlich. Der „Führer der Studentenschaft“ und Priesteramtsstudent, Rupert Fochtner, vermeldete damals stramm:

„Eine Verbrennung jüdischen Schrifttums wird nicht erfolgen, da sich in unseren Büchereien solches nicht findet. Unsere Hochschule ist immer schon frei von jüdischem Geist gewesen und wird es auch in Zukunft sein, was man anscheinend von den Universitäten nicht immer sagen kann.“

Anlässlich der „Volksabstimmung“ von Mitte November 1933, die auf Zustimmung für den bereits vollzogenen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zielte, unterschrieben neben Josef Engert alle seine Regensburger PTH-Kollegen, sowie rund 960 weitere deutsche Professoren das *Bekennntnis zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*.



„Bekennntnis zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“. Unterzeichnet von Josef Engert und der Philosophisch-Theologischen Hochschule Regensburg.

Diese Unterzeichnung war vermutlich nicht zuletzt durch die Hoffnung motiviert, den eigenen Stand als Professor einer staatlichen Hochschule durch eine Unterwerfungsgeste sichern zu können. Den sogenannten Anschluss Österreichs von 1938 forderte Engert im von ihm herausgegebenen *Korrespondenz- und Offertenblatt*. Zwar wurde das Priesteramtsstudium im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung nicht verboten, nach dem Kriegsbeginn 1939 aber wurden die staatlichen Philosophisch-theologischen Hochschulen geschlossen und die Gebäude für kriegswichtige Zwecke genutzt.

Als der amtierende Rektor der ruhenden PTH Franz Heidingsfelder im Februar 1942 verstarb, wandte Engert sich an das Kultusministerium. Zur Besetzung der vakanten Stelle möge man ihn zum Nachfolger ernennen und für die von ihm längst geleistete Geschäftsführung rückwirkend die

entsprechende Besoldung überweisen. Ende März 1942 wurde Engert dazu wunschgemäß ernannt – er stand der PTH bis zum Herbst 1947 vor.

Die Unterstützung des NS-Staates – eine Ehren- und Herzenssache

Die ersten Sympathieäußerungen gegenüber dem NS-Regime sind beim Hochschullehrer Engert nachzuweisen als er im Juni 1933 nach England zu seinen dort lebenden Geschwistern reisen wollte. Dafür musste er im Kultusministerium eine Dienstbefreiung beantragen. Darin heißt es:

„Es wird mir eine Ehren – und Herzenssache sein, in England im Sinne der nationalen Regierung zu wirken.“

Nachdem er im Herbst 1933 Freunde an der Universität in Riga besucht hatte, äußerte er sich ähnlich. Engert verfasste für das Außenministerium eine Art politischen Lagebericht zu den Volksdeutschen in Riga. Es sei ihm zudem eine Freude gewesen, „dass ich auch im lettischen Kreis aufklärend über unseren neuen Staat wirken konnte.“ Engert bot seinen Bericht dem Ministerium ohne weiteres Aufhebens erfolgreich an, wie aus seinen Personalakten des Kultusministeriums hervorgeht (Bay. Hauptstaatsarchiv MK 44585 Prof. Engert). Er scheint als Mitglied für das *Deutsche Ausland-Institut (DAI)*, das im Ausland „Volkstums Forschung“ betrieb, agentenähnliche Dienste angeboten und geleistet zu haben.

Engert beließ es allerdings nicht bei Unterwerfungsgesten. Im November 1933 brachte er sich in seiner Funktion als Vorstandsbeirat der Görres-Gesellschaft als Verbindungsmann zur Nazi-Partei ins Gespräch. Ebenso war er 1934 als Kontaktmann zum *NS-Hochschulbund* im Gespräch, um die nationalsozialistische Hochschulpolitik an den PTH und katholischen Fakultäten zu verbreiten. Dies scheiterte daran, dass er als Priester wegen des Verbots im Konkordat nicht NSDAP-Mitglied werden konnte.

Schon zum 1. Juni 1933 trat er in den *NS-Lehrerbund* ein (Mitgliedsnummer 246112), der zum Verband der NSDAP gehört hatte. Eigentlich wäre ihm dies als Priester gemäß den Statuten des Konkordats ebenfalls verwehrt gewesen. Die Mitgliedschaft in einem NSDAP-Verband kam Engert auch zugute, bzw. war sie insofern notwendig, als er das NS-Regime gestalten und auch in dieser Zeit publizieren wollte. Hierfür musste jeder Autor ab 1934 Mitglied in der *Reichsschrifttums-Kammer* sein und dafür als Voraussetzung die Mitgliedschaft in einem NSDAP-Verband und einen sogenannten „Arier-Nachweis“ beibringen.

Im Fragebogen vom 15.5.1937 zur Ausstellung des „Arier-Nachweises“ (vgl. Personalakte im Regensburger Uniarchiv, UAR PTH 178) vermerkt Engert eigens: „Rein arischer Stammbaum“. Offenbar war Engert auch die „Reinheit“ seines ganzen Stammbaums eine Ehren- und Herzenssache, im Schreiben vom 8. November 1940 wiederholt er sie:

„Im ganzen Stammbaum finden sich wie bisher, so auch weiter, zurück, nur arische, katholische Glieder.“ (Akt Engert, Bundesarchiv BAL RK I 0097).

Anders als so manche Theologen, die nach kurzer Begeisterung wieder auf Distanz zum Nazi-Staat gingen, blieb Engert seiner völkisch-rassischen Theologie bzw. Ideologie treu. Analysiert man seine Texte, so wird nach 1933 ein Einschwenken auf den nationalsozialistischen Blut-und-Rassen-Diskurs ersichtlich, den er aktiv und werbend ins katholische Milieu trug. Der Mensch, der in der

katholischen Lehre ein Geschöpf von *göttlicher Natur* ist und zu einem unteilbaren und erlösungsfähigen Menschengeschlecht gehört, verkommt bei Engert zu einem biologistischen Konstrukt, dessen Leib *und* Seele durch die jeweilige „Rasse“ vorbestimmt ist.

Erkennbar wird in Engerts diversen Manifesten ebenso, dass er sich nicht in Konkurrenz zu zum Beispiel den mitgliederstarken *Deutschen Christen* setzt, die den NS-Staat von der evangelischen Seite her christlich gestalten wollten. Josef Engert handelt weniger gegen die ebenfalls völkisch auftretenden *Deutschen Christen* sondern vielmehr im Einklang mit ihnen. Der NS-Rassenstaat soll demnach in einer Art christlich-völkischer Ökumene gestaltet werden.

„Katholik und Staat“ – eine völkische-katholische Theologie zum Anschluss an den NS-Staat

Der Priester und Philosoph Josef Engert hat sich auch in Druckwerken eindeutig und mehrfach für eine Mitgestaltung des NS-Regimes ausgesprochen. So publizierte er 1933 in der *Augsburger Postzeitung* einen theologisch verbrämten und mit nationalsozialistischer Rassenideologie anreichernden Aufruf. Da Engert seit 1928 die Monatszeitschrift *Korrespondenz- und Offertenblatt für alle katholischen Geistlichen Deutschlands* herausgab, hatte er die Möglichkeit, sein katholisch-nationalsozialistisches Manifest ein zweites Mal reichsweit zu verbreiten. In den Heften Nr. 11 und Nr. 12 von Ende 1933 erschien, jeweils auf den Titelseiten, seine zweiteilige Schrift „Katholik und Staat“. Engert redet Klartext.



Engerts Korrespondenz- und Offertenblatt 1933. Der völkische Theologe schreibt Klartext.

Abgeleitet aus der Heiligen Schrift und ebenso gemäß der katholischen Glaubenslehre gehe die an sich gute Ordnung der Natur und des Staates von Gott aus. Von daher bestehe für den Katholiken die Verpflichtung, an der Gestaltung des NS-Regimes mitzuarbeiten. Die von Gott gegebene Grundlage des Staates seien „die Rasse, das Blut und der Boden der heimatlichen Erde zusamt der geistigen Artung“. Die Kirche müsse dies fördern. Der einzelne Katholik habe die sittliche

Verpflichtung und die Verantwortung dafür, dass der Staat den Zielen des Volkstums entspreche, an ihm liege die Entscheidung für eine Mitarbeit, womit er indirekt Gott diene, dem Schöpfer der Natur.

In einer knappen Zusammenfassung bietet Engert einen kompakten Entwurf seiner deutsch-völkischen Geschichts-idee. Demzufolge sei der bislang schwerste Schlag gegen das Deutsche Reich von Napoleon und der daraus resultierenden Säkularisation erfolgt, die die geistlichen Fürstentümer vernichtete. Antireligiöse Mächte des Absolutismus, Aufklärungs-Bürokratismus und der naturalistisch-liberale Geist der Französischen Revolution seien dem gefolgt. Die Gegenreaktion, die religiöse Restauration durch den Kreis um den ehemaligen Regensburg Bischof Sailer, habe zwar das deutsche Volkstum wecken können (eine Deutung, die sich übrigens bis heute in Versatzstücken im Regensburger Kulturreferat bzw. Ordinariat gehalten hat), allerdings sei der Katholik wirtschaftlich verarmt, „ins Ghetto geschoben“, in ein Minderwertigkeitsgefühl hineingedrängt worden, verfolgt vom Liberalismus und seinem Staat.

***Mein Kampf*: „Ein grundlegendes Buch“**

Nach dem Ende des Kulturkampfes in den 1870er Jahren haben – so das Engertsche Manifest – katholische Denker der Görres-Gesellschaft wieder Fuß gefasst und die „deutsche Jugendbewegung mit ihrer Vorliebe für das volkstümlich Erwachsene, das Natürliche, mit einem Wort: das Deutsche“, aufgebaut. Die Beteiligung des politischen Katholizismus an der Weimarer Republik sei jedoch ein Fehler gewesen, insbesondere da dies im „Widerspruch mit der deutschen katholischen Tradition“ gestanden habe bzw. keine ständestaatlichen Alternativen verfolgt worden seien.

Das *Reichskonkordat* von 1933 habe nun einen Schlusstrich unter all diese Kämpfe gesetzt und „wohl eine tausendjährige Entwicklung abgeschlossen“. Staat und Kirche stünden sich als selbständige Gewalten gegenüber, jede in ihrem Bereich. Die nationale Regierung habe anerkannt, dass der Staat ohne *dogmatische Religion* nicht bestehen könne. Adolf Hitler habe dies „ausdrücklich schon in seinem grundlegenden Buche *Mein Kampf*“ gesagt.

Der neue nationale Staat wolle „betont christlich sein“, die Leitsterne seines Handelns seien „Gott und Volk“. Der nationalsozialistische Staat setze gegen „den liberal-demokratischen Staat, den Erbfeind christlichen Denkens, die autoritäre Führung, welche sich nur Gott und dem Volke verantwortlich weiß.“ Der Staat wolle Stände statt Klassen bzw. Volkstum statt „blutlosem Humanitarismus“. Eine säkulare Wendung sei vollzogen. Engert sieht den nationalsozialistischen Staat als Ergebnis in einer göttlich vorbestimmten Entwicklung der *deutschen katholischen Tradition*.

In einem unglaublichen Spagat beruft sich Engert zuletzt auf diverse Schreiben der letzten Päpste: es tue demnach not, „über alle Einengung der Vereins-Seelsorge hinaus in die Weite zu streben in stärkster Rückbesinnung auf die innersten katholischen Werte, an Hand jener großen Lehrschreiben.“ Engert zeigt sich damit gegenüber Rom untertänig und vereinnahmend zugleich. Der römisch-katholische Theologe versucht seine NS-Propaganda mit päpstlichen Verlautbarungen zu legitimieren.

Engert hat sich im völkisch-rassistischen NS-Staat und seiner Ideologie eine politische Heimat eingerichtet und spricht von dort aus nicht nur „alle katholischen Geistlichen“ an. Weitere Manifeste sollten folgen.

„Religion und Volkstum“

Wie aus dem an der Universität Regensburgs verwahrten Nachlass Engerts (Signatur: UBR 228/AM 95800E57) hervorgeht, hat er sich nach der Machtübernahme der NSDAP weiter intensiv mit völkischen Ansätzen über die Zusammengehörigkeit von Christentum und Deutschtum beschäftigt. Seine diesbezüglichen Ansichten hat er mehrfach publiziert, so z.B. den im wissenschaftlichen Stil verfassten Text „Theologie und erbpsychologische Forschung“ in der renommierten Zeitschrift *Theologie und Glaube* (1938) (Hg: Bischöfliche philosophisch-theologische Fakultät zu Paderborn).

Engert scheut sich dabei nicht, die Rassenidee des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg als ein „Geschichtsbild von eindringlichster Geschlossenheit und innerer Bündigkeit“ zu bezeichnen (S. 618). Im Anschluss daran führt er – wieder im Einklang mit der nationalsozialistischen Eugenik – die ebenso für den Seelsorger „wichtigen Erbgänge“ auf: so z.B. „Schizophrenie“, „manisches Irrsein“, „Schwachsinn“ und „eine Reihe von Verbrechertypen“. Obgleich Engert die Konsequenzen der nationalsozialistischen Rassenhygiene, wie z.B. Zwangssterilisationen, nicht beim Namen nennt, legitimierte er diese unverkennbar: „Das Recht des Staates, Hemmungen für erbkrankte Partner einzulegen“, sei unbestritten (S. 504).

Ein Jahr später wiederholte er seine erbbiologische Rasse-Schrift in Gestalt einer populär gehaltenen Zusammenfassung („Religion und Volkstum“) im *Kleruskalender* von 1939, für den er bis zuletzt als Schriftleiter fungierte.

Das „Anti-Volk“ Israel

Hierbei referiert Engert zustimmend führende „NS-Rassenkundler“, wie etwa Hans Günther, mit dessen Arbeiten der Begriff Rasse hinlänglich sichergestellt sei. Engert philosophiert und wirbt darüber hinaus für eine „Rassenseele“ bzw. die „seelische Grundbestimmung“ der „Rassen“, die für ihn evident sind. Zur Verdeutlichung führt er historische Beispiele an. Zunächst das „Anti-Volk“ Israel, die Juden:

„Dem Volke Israel war nach dem Zeugnis der Bibel der Glaube an den ‘lebendigen Gott’, der sittliche Monotheismus mit dem Grundbegriffe lebendigen Seins als Mitgift geschenkt worden. Aber nach dem Zeugnis derselben Bibel hat es diesen Gottesbegriff rassisch eingeschmolzen und damit verderbt. In rechnerischer Grundhaltung machte es aus seiner Gesetzestreue ein juristisches Anrecht auf Belohnung in irdischer Wohlfahrt und Herrschermacht; hat es die Lebensfülle Gottes zur starren Einheit in beziehungsloser Welterhabenheit unifiziert. Dagegen kämpfen alle Propheten und Christus: sie wurden von den Juden getötet.“

Im Gegensatz dazu, die Germanen: „Ganz anders das Germanentum“. Hier sei „die Begegnung mit der Kreuzesbotschaft“ nicht „toter Stoff, auch nicht bloße Idee“ geworden, sondern historische Wirklichkeit in Christus. In der Spannung der völkischen Erbanlage mit dieser Botschaft habe „der germanische Geist unvergleichliche Höhe errungen und immer wieder seinen Adel erprobt.“ „Christliche und völkische Inspiration“ seien vollkommen zusammengegangen, was „echtteste Zeugen deutschen Geistes“ bezeugt hätten.

Was Engert im *Kleruskalender 1939* betreibt, sind völkische Zirkelschlüsse bzw. germanophile Selbstbespiegelungen, genauer: *nationalsozialistische Rassenkunde eines Theologen* angereichert mit rassistisch aufgeladenen Antijudaismus der Verwerfungstheologie.

Im darauf folgenden Jahr wollte er mit einem weiteren Manifest nachlegen, was ihm die *Parteiämtliche Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums* aber versagte. Engert interpretierte die NS-Rassenkunde offenbar nicht ganz korrekt.

Engert: „das weitere Einsickern jüdischen Blutes zu verhindern“

Im bereits erwähnten Nachlass an der Uni Regensburg findet man eine sechsseitige Druckfahne von „Staat und Rasse – Zeitpolitischer Aufsatz von Dr. Joseph Engert, Regensburg“. Schon der programmatische Einleitungssatz lässt keinen Zweifel an seiner politischen Haltung:

„Es gehört zu den wichtigsten Erkenntnissen und Aufgaben des neuen Staates, daß er der Rasse und Rassenpflege besondere Aufmerksamkeit schenkt.“ (S.118)

In Fortentwicklung seiner vorherigen Manifeste handelt Engert nochmals Entwicklung und Stand der Rassenkunde ab und begrüßt die auf Arthur Gütt und Ernst Rüdin fußende nationalsozialistische „Rassenhygiene“ (S. 122) bzw. die entsprechenden Gesetze. Der endlich überwundene liberale Staat habe „von einem falschen Humanitäts- und Individualitätsideal ausgehend, die Fragen der Eugenik ganz als dem Auge“ verloren. Die Folgen: „Schwinden der Führerauslese“ durch Geburtenschwund und „das unerhörte Wuchern und Sichvermehrten der Minderwertigen“. Die Erbanlagen seien aber „der kostbarste Besitz des deutschen Volkes“ – dieses „Erbgut (sei) rein zu erhalten und fortzupflanzen.“ (S.121) Deshalb sei „eine der ersten Aufgaben des neuen Staates“ gewesen, hier mit Gesetzten einzugreifen: „Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses vom 17.4. 1933“, „Eheförderungsgesetz“ und „Ehegesundheitsgesetz“ von 1933.

Das „Gesetz zum Schutze des Blutes und der deutschen Ehre“ von 1935 begründet Engert von sich aus mit dem Urteil, dass „die Juden“ sich seit ihrer Emanzipation „als Zersetzungserscheinung in der deutschen Kultur erwiesen“ hätten, gerade in der Revolution von 1918. Die Aufgabe der *Nürnberger Gesetze* sei es, so Engert, „das weitere Einsickern jüdischen Blutes zu verhindern, ebenso das von Negern, Zigeunern und Bastarden.“ (S.122)

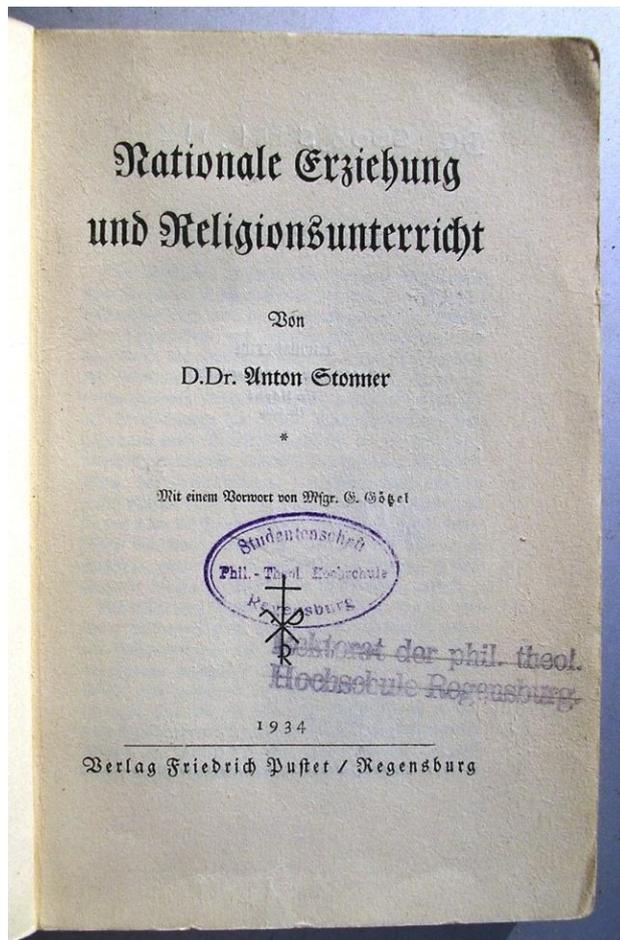
Ähnlich wie in dem Manifest „Katholik und Staat“ (1933) versucht Engert einen außerstaatlichen Bereich zu definieren, für den nur die Kirche zuständig wäre. Diese sei „die Gemeinschaft der im Streben nach Gotteskindschaft vereinter Gläubigen“, sie müsse „deswegen universell und oecumenisch sein.“ (S. 123) Die Kirche dürfe keine Verwischung der Geschlechter oder der völkischen Eigenarten anerkennen, was sich auch an der „Missionspraxis Pius' XI.“ zeige. Engert konstatiert zuletzt die Pflicht des völkischen Seelsorgers, „mit der Stärkung durch sittlich-religiöse Beweggründe sinngemäß an der Rassenpflege des Staates mitzuwirken.“

Der Philosoph und römisch-katholische Priester Engert als „Rassenpfleger“ und „Blutschützer“, hierbei kann ihm kaum jemand das rassistisch-antisemitische Wasser reichen, allenfalls ein Rassenhygiene-Dichter Florian Seidl. Dennoch verwehrte ihm die *Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums* die Druckerlaubnis für den *Kleruskalender 1940 (Echter Verlag Würzburg)*. Vermutlich befanden die Zensoren, dass in einem – ihren Augen schützenswerten – nationalsozialistischen Schrifttum keinesfalls die Rede von Kirche und Papst sein soll. Nicht einmal die Unterstützung seitens des Schriftleiters des „Völkischen Beobachter“, Hans Gstettner, der sich für Engerts Pamphlet ins Zeug warf, zeitigte einen Erfolg. Genauso scheiterten die Bemühungen, eine Druckerlaubnis für „Staat und Rasse“ im *Kleruskalender 1941* zu bekommen.

In den Zusammenhang der ausstehenden Druckerlaubnis für „Staat und Rasse“ gehört auch Engerts Antrag auf *erneute* Aufnahme in die *Reichsschrifttums-Kammer (Gruppe Lektoren)* vom 6. August 1940, den er mit „Heil Hitler Prof. Engert“ unterzeichnete. Die *nationalsozialistische Rassenhygiene* hatte zu diesem Zeitpunkt längst zu unzähligen Opfern geführt. Aufgrund des von Engert begrüßten „Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses“ war in Regensburger gegen Ende 1940 ein Großteil der NS-Zwangssterilisationen bereits vorgenommen worden, wobei der Direktor des Gesundheitsamtes Pius Scharff eine eifrige Haltung einnahm. Die Ermordung Behinderter bzw. Kranker („Euthanasie“) aus der *Heilanstalt Karthaus* lief seinerzeit im Schloß Hartheim bei Linz auf Hochtouren. Für Regensburg sind jeweils über 600 Opfer zu beklagen.

Katholisches Volkstum und völkisches Christentum

Obwohl der *Blut-und-Rasse-Diskurs* mit der katholischen Glaubenslehre unvereinbar gewesen wäre, gab es nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten mehrere katholische Theologen, die im völkischen Lager ihre Heimat fanden und aktiv für eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten eintraten, oder den „neuen Staat“ verkärten. So zum Beispiel der renommierte Tübinger Dogmatiker Karl Adam oder Rudolf Graber, der spätere Regensburger Bischof.



Die Grenzen zwischen *katholischem Volkstum* und *völkischem Christentum* verschwanden seit 1933 mehr und mehr. Dieser widersprüchliche Prozess hatte im Regensburger Ordinariat kaum Gegner, jedoch gewichtige Unterstützer. So erteilte der Regensburger Generalvikar Johann Baptist Höcht 1934 die kirchliche Druckerlaubnis für das Werk des völkischen Nazi-Theologen Anton Stonner *Nationale Erziehung und Religionsunterricht*, das im Pustet Verlag publiziert wurde. Für Stonner, der 1939 als Professor an die Regensburger PTH hätte kommen sollen, ist Deutschtum dieses „unauflösbar innige Ineinander von germanischen und christlichen Wesen“. Deutschtum sei „germanische Substanz, christlich geprägt.“ Der kirchenrechtlich übergeordnete Diözesanbischof Michael hegte offenbar Sympathien für diese Zusammenarbeit.

Anton Stonner, *Nationale Erziehung und Religionsunterricht*, 1934, Titelblatt mit Stempel, Druckerlaubnis von Generalvikar Höcht - zur völkischen Schulung von Religionslehrern.

Bischof Buchberger, der gottlose Kirchenfeinde vor allem im Bolschewismus aber auch in Teilen der nationalsozialistischen Bewegung sah, argumentierte im Kern völkisch-christlich. So glaubte er etwa in der Jahresabschlussfeier 1942 für die „tapferen Heldenöhne an den Fronten“, die gegen den gottlosen Bolschewismus und für das teure Vaterland kämpfen würden, Gottes Segen herbei flehen zu müssen: das deutsche Volk sei „seinen Weg jahrhundertlang mit Christus gegangen“, seine ganze Vergangenheit zeige herrliche Beweise „für den harmonischen Bund zwischen Christentum und

Deutschtum“, so Buchberger in seiner völkisch-christlich aufgeladenen Kriegspropaganda, die Engert kaum anders formuliert hätte.

Um ein letztes Regensburger Beispiel zu nennen: Hans Dachs, weltlicher Historiker und ebenfalls ein PTH-Kollege Engerts, betonte in der bereits erwähnten Festschrift *Zwölfhundert Jahre Bistum Regensburg* (1939) die Mitarbeit der Regensburger Kirche „am nationalen Werk“, sprich bei der „Germanisierung der heutigen deutschen Gebiete östlich von Elbe, Saale und Enns“.

Die Heidenmission des abendländischen Christentums, deutsches Volkstum und deutscher Kulturbetrieb habe den Osten zum „deutschen Lebensraum“ gemacht. Und gerade das Bistum Regensburg dürfe sich rühmen „an dieser nationalen Aufgabe mitgearbeitet zu haben“, die „nach einem Worte des Führers zu den wenigen bleibenden Erfolgen einer tausendjährigen deutschen Außenpolitik“ gehöre. Dachs – später Ehrenvorsitzender des *Historischen Vereins* – begründete bzw. legitimierte die deutsch-völkische Lebensraum-Rhetorik von historischer Seite – allerdings ohne von „nordischer Rasse“ zu sprechen, wie es sein philosophisch-theologischer Kollege Engert in einem Reisebericht tat.

„Ostenjuden“ – „Die Gefahr für die nordische Rasse“

Im Jahre 1935 unternahm Engert eine Studienreise nach Nordamerika, auf der er sich mit den amerikanischen Folgen der Weltwirtschaftskrise beschäftigte. Zwei Jahre später erschien sein daraus resultierendes Werk *Kulturphilosophische Reisenotizen – Wohin geht Amerika?* (1937). Aus einem Schreiben des bereits erwähnten Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Hans Gstettner, von Februar 1938 geht hervor, dass Engert diesen um eine Besprechung seiner „Reisenotizen“ bat. Erfolglos: „Von der Besprechung Ihrer neuen Schrift musste ich leider absehen“, so Gstettner, die Gründe würde er im persönlichen Gespräch nachtragen.

In seiner Schrift studiert Engert – offenbar wieder im völkischen Dienste für das *Deutsche Auslands-Institut*, das sich etwa in dieser Zeit verstärkt mit Amerika beschäftigte – die gesellschaftlichen Verhältnisse und diversen Problemlagen in den Vereinigten Staaten. Trotz ausführlicher und begründeter Skepsis ist Engert zuversichtlich, dass US-Amerika seine Krise, die eine religiöse und völkische sei, meistern könne.

Die Stunde der Katholiken sei gekommen, „um den neuen sozialen Gedanken zu begründen, die Kraft, die auseinanderstrebenden völkischen Bestandteile des amerikanischen Großraum zu verbinden.“ (S. 80) Allerdings stimme ihn hierbei besonders die trotz ihrer energischen Eindämmung starke Einwanderung aus „dem slawischen Osten einschließlich der Ostjuden“ sehr bedenklich. Und zwar, weil sie, die Slawen und Ostjuden, „sich dem Einschmelzungsprozeß naturhaft widersetzen“ würden, „ihre Geburtenzahl weit über dem angelsächsischen Durchschnitt“ liege, und von daher „die Gefahr für die nordische Rasse“ groß sei. (S. 43)

Ein völkisch-katholischer Theologe und Philosoph macht sich 1937 Sorgen um die Zukunft der „nordische Rasse“ in den USA! Welcher Grad an sendungsbewusstem Rassenwahn und antisemitischer Verfolgungswut liegt in so einer Geisteshaltung? Nicht zuletzt weil europäische Juden in der NS-Zeit vor Engert und seinesgleichen hauptsächlich nach Amerika geflohen sind, wirken seine rassistische Absonderungen und sein Gefasel von der gefährdeten „nordischen Rasse“ auf dem amerikanischen Kontinent bis heute unerträglich.

Josef Engert kein geeigneter Namenspatron

Unter den sich– nach Engerts Vorstellungen – angeblich naturhaft widersetzenden „Ostjuden“ in den USA befand sich auch Joseph Opatoshu, einer der bedeutendsten Schriftsteller der jiddischen Sprache, der auch zum jüdischen Leben in Regensburg vor der Vertreibung 1519 schrieb („A tog in Regensburg“).



2009: Verleihung des Josef Engert-Preises an die Slawistin Sabine Koller, Witalij Schmidt und Evita Wiecki.
Foto: Fotostelle Stadt Regensburg

Zum Werk und Leben des Joseph Opatoshu organisierte die Slawistin Sabine Koller im Jahr 2009 in Regensburg eine herausragende Ausstellung mit anregendem Begleitprogramm. Dafür bekamen Koller und ihre Mitarbeiter Witalij Schmidt und Evita Wiecki den „Josef-Engert-Preis“ der Stadt von Oberbürgermeister Hans Schaidinger verliehen. Wie dieses Beispiel eindrücklich zeigt, könnte man einen noch ungeeigneteren Namenspatron als Engert kaum ersinnen.

Offiziell wurden die *Josef-Engert-Straße* (1980) und der *Josef-Engert-Preis* (1979) unter OB Friedrich Viehbacher nach dem Theologen benannt, um seine großen Verdienste bei der Gründung der Universität zu würdigen. Allein schon die Kenntnisnahme der skizzierten politischen Einstellung – vom kriegstreibenden Monarchisten und Feind des demokratischen Freistaats hin zum entschiedenen Unterstützer des NS-Regimes und völkischen Antisemiten – verbietet eine Fortsetzung der Verklärung von Josef Engert. Engert taugt als lehrreiches Exempel für einen völkisch-katholischen Theologen und Anhänger des NS-Regimes, aber nicht als Namenspatron für einen städtischen Preis oder eine Straße.

III. Josef Engert - Vom NS-Propagandisten zum Nazi-Gegner

Josef Engert gilt als Vater der Regensburger Universität. Nachdem im ersten Teil seine Haltung als demokratiefeindlicher Monarchist dargestellt und im zweiten seine Entwicklung zum völkisch-katholischen Unterstützer und Akteur des NS-Regimes skizziert wurde, soll im dritten Teil Engerts Rolle bei der Wiedereröffnung der Philosophisch-theologischen Hochschule 1945 aufgearbeitet werden.



Nach dem Krieg plötzlich ein Nazigegner: Josef Engert. Foto: Fotostelle Stadt Regensburg

Schon bevor das NS-Regime zerschlagen wurde, beschlossen die Alliierten auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945, dass Kriegsverbrecher bestraft und Nationalsozialisten bzw. ihre Gesetze und Organisationen aus dem staatlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Nachkriegsgesellschaft verbannt werden sollen. Demokratisch gesinnte und unbelastete Personen sollten stattdessen den gesellschaftlichen Neubeginn ermöglichen. So auch in den Hochschulen.

Keine Politische Säuberung an der PTH

Bereits im Juni 1945 sprach Josef Engert zusammen mit Bischof Michael Buchberger bei der amerikanischen Militärregierung vor, um die baldige Wiedereröffnung der Philosophisch-theologischen Hochschule (PTH) zu ermöglichen. Bei der geistig-moralischen Erneuerung des deutschen Volkes sei die katholische Kirche und somit der Betrieb der PTH als zukünftige Priesterausbildungsstätte bedeutsam, hieß es damals. Die anstehende Berufung der vakanten

Professoren und Dozenten solle gemäß dem Bayerischen Konkordat in Zusammenarbeit mit den Diözesanbischöfen geschehen.

Auch die amerikanischen Behörden hatten ein großes Interesse, das gesellschaftliche Leben möglichst bald wieder in Gang zu bringen und glaubten in römisch-katholischen Klerikern unbelastete Partner zu finden. Zunächst jedoch mussten die Personen des aufzubauenden öffentlichen Dienstes laut der Entnazifizierungsdirektive der Militärregierung von Juli 1945 von den *Counter Intelligence Corps (CIC)* mittels Fragebögen überprüft werden. So auch der Priester und Theologe Josef Engert.

Vom NS-Propagandisten zum Nazi-Gegner

Engert wurde am 16. Oktober 1945 vom zuständigen CIC-Offizier, Capt. Herbert H. Hamilton, für tauglich befunden. Einzelheiten der vorangegangenen Befragung, seine teils phantastischen Antworten und Verdrehungen befinden sich in seiner Personalakte im Regensburger Uniarchiv (UAR PTH 178). Ihre erste Auswertung ergibt, dass Engert sich gegenüber den CIC zu einem Nazi-Gegner stilisiert hat.

Demnach habe er etwa im bereits erwähnten *Korrespondenz- und Offertenblatt* gegen die Nazi-Ideologie und Alfred Rosenberg gekämpft. Ganz verschlagen gab Engert bei der CIC-Befragung darüber hinaus an, dass er wegen seiner Herausgeberschaft des *Korrespondenz- und Offertenblatts* 1939 aus der *Reichspressekammer* entfernt worden sei. Das glatte Gegenteil war der Fall. Tatsächlich schied er wegen „Berufsaufgabe“ aus der Kammer aus, um dann Anfang 1940 wegen der anstehenden Publikation des bereits behandelten antisemitisch-rassistischen Manifests „Staat und Rasse“ (siehe Teil II) erneut die Aufnahme zu beantragen.

Des Weiteren habe er – so die von Engert teils im NS-Jargon gehaltenen Angaben – mehreren namentlich angeführten „Halbjuden“ („half-jews“) geholfen. Freilich benennt Engert nicht, worin die Hilfe bestanden haben soll. Dem nicht genug gab Engert an, dass er für Häftlinge des KZ-Außenlagers Colosseum („the Kzler in the Colosseum at Regensburg-Stadtamhof“) einen Arzt besorgt habe.

Wohlweislich nennt Engert an dieser Stelle namentlich den Direktor des Gesundheitsamts, Dr. Pius Scharff, der vier Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner, am 23. April, tatsächlich 27 marschunfähige KZ-Häftlinge des aufgelösten Colosseums in das Lazarett im Klerikal-Seminar einliefern ließ. Allerdings blieben die Gefangenen – so der Bericht des Überlebenden Hersch Solnik (vgl. Ausstellungskatalog VHS Regensburg *Regensburg 1945 bis 1949*, S. 80) – auch im Hospital ohne ärztliche Betreuung. Eine solche bekamen sie erst nach der Befreiung durch die amerikanischen Truppen. Wie Engert zu Scharff persönlich stand ist ungeklärt. Bezeichnenderweise hat Scharff ab 1934 mit Eifer Einweisungen von (vermeintlichen) Alkoholkranken in Konzentrationslager betrieben und die Durchführung von nationalsozialistischen Zwangssterilisationen angeordnet. Insgesamt erscheinen Engerts Angaben gegenüber den CIC-Mitarbeitern als wohlfeile Schutzbehauptungen, sie sind entweder substanzlos oder wahrheitswidrig.

Da der Regensburger Bischof Buchberger, kirchenrechtlich der PTH übergeordnet, kein konstruktives Interesse an Entnazifizierungsmaßnahmen hatte, wurde auch kein anderer PTH-Professor suspendiert. Unter der Rektorenschaft von Engert war es vielmehr möglich, an der PTH zu verbleiben, ohne durch die CIC überprüft zu werden. So z.B. für den Biologen Karl Andersen (NSDAP-Mitgliedschaft 1937), der dort das erste Jahr als ordentlicher Professor wirkte. Ingo Schröder kommt in seiner Dissertation „Die staatlichen philosophisch-theologischen Hochschulen in Bayern von 1923-1978“ zu dem Ergebnis, dass die „insgesamt defizitäre amerikanische Entnazifizierungspolitik die PTH in keiner ihrer Phasen in nennenswerter Weise tangiert“ habe. (S.98)



Kein Interesse an Entnazifizierungsmaßnahmen:
Bischof Michael Buchberger.

Engerts Selbstdiagnose: „Unberührt vom nationalsozialistischen Gift“

Der Lehrbetrieb in Regensburg konnte am 16. November 1945 unter Josef Engert, der von den Amerikanern zum kommissarischen Rektor ernannt worden war, mit etwa 440 Studenten, zehn Dozenten und sechs ordentlichen Professoren wieder aufgenommen werden. Und in seinem Rückblick auf die Wiedereröffnung belog Engert nicht nur sich, sondern auch den Vertreter der Militärregierung (School of Education, Cpt. Hamilton) bzw. die gesamte Zuhörerschaft: „Nachdem unsere Jugend durch 12 Jahre mit engstirnigen und verderblichen Ideen erfüllt worden“ sei, gelte es nun „diese umzuschulen auf große, gerechte und glühende Ideen wahrhaft christlichen Geistes“. Die PTH erscheine hierfür besonders geeignet, „weil doch ihre Lehrer und Hörer diesem Geist treu geblieben waren, *unberührt vom nationalsozialistischen Gift*“ (s. MZ vom 7. Februar 1947).

Dass gerade Engert das völkische Gift aktiv und so breit er konnte in seinem Umfeld verstreut hatte, thematisierte er freilich nicht. Eine redliche Selbstreflexion blieb offenbar gänzlich aus, der vermeintliche Neubeginn „wahrhaft christlichen Geistes“ baute auf Lügen und Verdrängung. Auch der Zeitungsbericht über die PTH-Wiedereröffnung in der wenige Wochen zuvor von der Militärregierung lizenzierten *MITTELBAYERISCHEN ZEITUNG* vom 7. Dezember 1945 sprach Engerts Handeln in der NS-Zeit nicht an. Musikalisch begleitet wurde die weihevollen Eröffnung übrigens von Gesängen des Domchors unter der Leitung von Theobald Schrems. Kurz darauf verbot die Militärregierung alle öffentlichen Auftritte der Domspatzen außerhalb des kirchlichen

Rahmens. Der Grund: das weitreichende NS-Engagements des Domchors und der Aufstieg des Domkapellmeisters zum Professor von Hitlers Gnaden.

Entnazifizierung durch deutsche Spruchkammern

In einer zweiten Phase mussten sich in der amerikanischen Zone alle Erwachsenen – so auch die PTH-Professoren – gemäß dem *Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus* vom 5. März 1946 einer weiteren Überprüfung unterziehen. Diese wurde anfangs von überwiegend mit Verfolgten des NS-Regimes besetzten Spruchkammern durchgeführt und von der amerikanischen Militärregierung relativ streng kontrolliert. Sie sah vor, Führungspositionen im öffentlichen Dienst nur mit „Entlasteten“ bzw. mit demokratisch bzw. liberal gesinnten Personen zu besetzen – „Hauptschuldige“, „Schuldige“, „Belastete“ und desgleichen „Mitläufer“ erfüllten diese Voraussetzung per Definition nicht.

Gerade auf letztgenannte hatten es die amerikanischen CIC-Einheiten abgesehen, insbesondere auf solche Dozenten und Professoren, die 1945 nicht überprüft worden oder zwischenzeitlich zum Kollegium hinzugekommenen waren. Um die Jahreswende 1946/47 wurden daraufhin an den bayerischen Universitäten eine Vielzahl von NS-belasteten Dozenten und Professoren entlassen. Anders die Situation an der PTH Regensburg, von dort sind keine Entlassungen überliefert.

Im März 1947 schlug die Spruchkammer Regensburg III den Theologen Josef Engert der Gruppe „nicht betroffen“ zu. Das heißt, aufgrund seiner Angaben im Fragebogen wurde überhaupt kein Verfahren eröffnet, was aufgrund seiner Mitgliedschaft in *NS-Lehrerbund* und *Reichsschrifttums-Kammer* eigentlich nicht möglich gewesen wäre.

Auffällig ist hierbei, dass Engert bereits am 3. Mai 1946 den ersten und im Februar 1947 einen zweiten Entnazifizierungs-Fragebogen ausfüllte. Wie aus Engerts Personalunterlagen hervorgeht, verschwie er, dass er im März 1942 aus eigenem Antrieb und mit Zustimmung der NS-Behörden zum Rektor an der PTH aufstieg. Da kein Verfahren eröffnet wurde, was übrigens bei fast drei Viertel der insgesamt 6,7 Millionen in Bayern befragten Erwachsenen geschah, brauchte Engert auch keinen „Persil-Schein“. Einen solchen hätten ihm sicherlich mehrere katholische Repräsentanten Regensburgs ausgestellt.

Die beiden christlichen Kirchen zählten schon Mitte 1946 zu den Hauptgegnern der Entnazifizierung und betätigten sich generell als „Weißwäscher“ und ungehemmte Aussteller von Entlastungszeugnissen. So auch das Bistum Regensburg unter Bischof Buchberger. Anfang 1947 lehnte nicht nur in Bayern bereits eine große gesellschaftliche Mehrheit das Spruchkammerverfahren und eine juristische Verfolgung der NS-Täter ab. Eine „politische Säuberung“ konnte, von Einzelfällen abgesehen, nicht erzielt werden.

Re-Christianisierung durch Entlastungsschreiben

Die Rolle der katholischen Kirche als entschiedene Gegnerin der Entnazifizierung und Fürsprecherin für tatsächliche und vermeintliche Nazis speiste sich vor allem aus dem Anliegen, ihre kirchentreuen, aber NS-belasteten Vertrauensmänner in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst zu erhalten. Im Hintergrund dazu standen der (gescheiterte) Wunsch nach einer Re-Christianisierung Deutschlands und ein damit verbundener Bedeutungszuwachs für die Kirche.



Imprimatur für völkischen Autor und Persilscheine für NS-Karrieristen: Generalvikar Johann Baptist Höcht (um 1936).

In Regensburg zeigt sich dieses Interesse deutlich an dem Entlastungsschreiben, das Bischof Buchberger und Generalvikar Johann Baptist Höcht für den SS-Förderer und NSDAP-Bürgermeister Hans Herrmann ausstellte. Der Kirchenmann Herrmann sei „kein gesinnungsmäßiger Nationalsozialist“ gewesen, sondern nur formales Parteimitglied, heißt es da schon Mitte 1945.

Wie das Beispiel Bayern zeigt, hatte die katholische Kirche im Gegensatz zu den evangelischen auf den ersten Blick eine gute Ausgangslage in ihrer Bekämpfung der politischen Säuberung. Während die Entnazifizierung der etwa 15 belasteten bayerischen Kleriker – von insgesamt ca. 8000 – nach eigenen Angaben bereits im Sommer 1946 abgeschlossen gewesen sein soll, galten andererseits knapp ein Drittel der 1.100 evangelischen Pfarrer Bayerns als NS-Belastete und mussten sich dem Spruchkammerverfahren unterziehen.

Der krasse Unterschied aus den Vergleichszahlen (nachzulesen bei Damian van Melis (Hg): *Siegerin in Trümmern, Episkopat und Entnazifizierung*, 1998, S. 50) ist insofern mit Vorsicht zu genießen, als es katholischen Klerikern zum einen laut dem Konkordat kirchenrechtlich verboten war, Mitglied in der NSDAP und ihren Unterorganisationen zu werden. Das Beispiel Engert, der sowohl Mitglied in NSDAP-Verbänden war, zudem offen *alle katholische Geistlichen Deutschlands* zur Zusammenarbeit mit dem NS-Regime aufrief und trotzdem als „nicht betroffen“ eingestuft wurde, deutet zum anderen generell auf eine fragliche Entnazifizierungspraxis bezüglich des katholischen Klerus hin. Engert sah sich selbst freilich keinesfalls als Nazi, eher als ein Opfer des NS-Regimes.

Verlagerung des bayerischen Unibetriebs an die PTHs

Die Situation für Rektor Josef Engert änderte sich im Mai 1946 massiv. Damals hatte das bayerische Kultusministerium die von ihm verwalteten Philosophisch-theologischen Hochschulen angewiesen, auch Erstsemester nicht-theologischer Fachrichtungen der weitgehend zerstörten Universitätsstandorte München, Würzburg und Nürnberg/ Erlangen aufzunehmen. Die Anzahl war beträchtlich. Zum Wintersemester 1948/49 war mit etwa 1.500 Studenten in Regensburg der Höchststand des erweiterten Betriebs erreicht.

	Deutsche (Frauen)	Ausl.	Zus.
Theolog. Abteilung	218 davon 1	1	219
Volkswi. Abt.	104	5	109
Vollmediz. Abt.	343	76	419
Zahnheilk. Abt.	91	15	106
Philos. Abt.	363	112	475
Nat. Wiss. Abt.			
(Lehrramtskand.)	274	48	322
Pharmazeuten	46	34	80
	1439	304	1743
Gasthörer	12	2	14
Gasthörerinnen	8	1	9
Gesamtzahl der Studierenden und Hörer			1492

Studentenzahlen an der PTH Regensburg im Jahr 1948.

Daraus resultierten eine (ungewollte) Aufwertung der PTHs gegenüber den Universitäten und eine gewisse Konkurrenzsituation hinsichtlich der raren Dozenten und Professoren – etwa für solche, die vorklinische Medizin, VWL und die dazugehörigen Disziplinen lehren konnten. Diese Konkurrenz wurde zudem durch das kurz zuvor begonnene Spruchkammerverfahren verschärft. Zu diesem Zeitpunkt noch nicht entlastete Lehrkräfte und die als „Mitläufer“ eingruppierten erhielten von der amerikanischen Militärregierung generell keine universitäre Lehrerlaubnis.

PTH wird Auffangbecken für Nazikarrieristen

In Regensburg ging Rektor Engert bei der Anstellung von Lehrkräften einen besonderen Weg. Da er schon bald nach Wiedereröffnung der PTH die Idee von einer vierten Landesuniversität verfolgte, versuchte er eine hinreichende Dozentschaft aufzubauen, was anderen nicht verborgen blieb. Als der erweiterte Lehrbetrieb an der PTH zur Entlastung der Unis im Wintersemester 1946/47 begann, hatte Engert „einen größeren Lehrkörper zusammengestellt, der bereits die Konturen einer kommenden Universität deutlich werden läßt.“ Es sei ihm zweifellos gelungen, „durchaus Persönlichkeiten von Rang zu gewinnen, fast ausschließlich aus dem Lehrkörper der ehemaligen deutschen Uni in Prag; diese Herren aber können von deutschen Universitäten nicht berufen werden, da sie als Mitläufer eingereiht worden sind.“ So das etwas argwöhnische Schreiben des Münchner Uni-Rektors an das Kultusministerium von Mitte August 1947. Der Universitätsrektor beäugte die Regensburger PTH kritisch und abschließend schien es ihm außerordentlich wichtig, „eine zahlenmäßige Begrenzung der Zulassungen an den PTH“ vorzunehmen.

Engert indes setzte sich über das Beschäftigungsverbot für „Mitläufer“ als Dozenten systematisch hinweg. Das Kultusministerium ließ ihn gewähren und die amerikanischen Behörden mussten die rechtswidrige Praxis hinnehmen. Sie waren bereits auf Rückzug eingestellt und zogen sich Mitte 1948 ganz aus der Spruchkammerüberwachung zurück.

So kam es, dass Engert sich – wie er sich seinen *Reflexionen* von 1962 ausdrückt – in der glücklichen Lage sah, „die Hauptprofessoren zu besetzen mit heimatvertriebenen Professoren.“ Darin nennt er

z.B. die Mediziner Dietrich Jahn, Wilhelm Pfuhl, Armin von Tschermak-Systemegg und den für die VWL-Abteilung zuständigen Juristen Joseph Wolany – allesamt Nazikarrieristen.

So war der Oberlandesgerichtsrat Wolany 1944 als Richter am OLG in Posen tätig, wo reihenweise Todesurteile wegen „Wehrkraftzersetzung“ gefällt worden waren (Wolany war ab 1950 Richter am Landgericht in Regensburg und Begründer der „Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Regensburg“, 1953-1956 Bundesrichter am Bundesgerichtshof und 1952-1974 Professor an der Uni Saarbrücken). Nach außen hin jedoch verkündete Engert verschlagen einen politisch sauberen Neubeginn. So schrieb er z.B. am 7. Februar 1947 in der *Mittelbayerischen Zeitung* unter der Überschrift „Ausbau der Phil.-Theol. Hochschule zur Universität“, es sei bei der Wiedereröffnung darauf angekommen, „die Lehrstühle mit hervorragenden Kräften zu besetzen, die ohne Schwierigkeit auch der Militärregierung genehm sein konnten.“

Auswahl der Studenten

Ähnlich den Professoren sollten in den ersten Nachkriegsjahren auch die Studenten hinsichtlich ihrer politischen Einstellung kontrolliert werden. Anfangs überprüften die Hochschulen die am Studium interessierten Bewerber selbst. Zum WS 1947/48 kam es hinsichtlich der Angaben über die NS-Vergangenheit zu massiven Fragebogenfälschungen, woraufhin die amerikanische Militärregierung den Ausschluss und die gerichtliche Bestrafung der fraglichen Studenten forderte.

Aus einer Veröffentlichung zum WS 1948/49 geht hervor, dass alle Antragsteller ein Reifezeugnis (möglichst nicht unter der Note 2) und jene vor dem 1. März 1928 geborenen ihren Spruchkammerbescheid oder eine Amnestiebescheinigung vorlegen mussten. Außerhalb von Bayern wohnende Bewerber wurden nur aufgenommen, wenn sie nach den Erstsemestern an nichtbayerischen Standorten weiterstudieren konnten. Flüchtlinge, „die ordnungsgemäß erstmalig nach Bayern eingewiesen worden sind“, wurden bei Vorlage des Flüchtlingspasses bevorzugt, ebenso Verfolgte des Naziregimes. So geriet auch die damals knapp 16jährige Ruth Klüger unter die PTH-Studenten.

Eine Frage von Ruth Klüger

Die Auschwitz-Überlebende Ruth Klüger kam im Sommersemester 1947 zum Studium nach Regensburg. In ihrem Buch „Weiter leben“ (1992) schildert sie ihre Situation, in der sie sich nicht willkommen, bestenfalls geduldet vorkam, und das Kennenlernen ihres damaligen Kommilitonen Martin Walser, alias Christoph.

Die einzige Vorlesung, die ihr Spaß machte, so Klüger, war die in Geschichte von „Professor E.“, der „ein Flüchtling“ und kein katholischer Geistlicher war. Als sie – Walser und Klüger – „einmal ein Parteiabzeichen am Wegrand fanden“, glaubte „Christoph“, dessen Mutter bereits 1932 der NSDAP beigetreten war, Klüger sei darüber erschrocken gewesen. Weit gefehlt, sie sei nicht „so leicht zu schrecken gewesen“, schreibt Klüger lakonisch (S. 215).

Doch wer war dieser Professor E.? Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich dabei um Anton Ernstberger, der von 1935 bis Mai 1945 an der *Reichsuniversität Prag* Geschichte lehrte und im November 1945 aus tschechischer Gefangenschaft nach Bayern floh. Ernstberger war nicht nur Mitglied in der Nazi-Partei, sondern auch im NS-Dozentenbund und Mitarbeiter in der *Reinhard-*

Heydrich-Stiftung – ein SS-Institut, das die „Germanisierung“ der überfallenen Gebiete in Osteuropa vorbereiten sollte.

Ruth Klüger erwähnt in ihrem Buch außerdem die für sie unverständlichen Vorlesungen über *Logik, Erkenntnistheorie und mittelalterlichen Philosophie*, die fernab ihrer Fragen und Lebensrealität gewesen seien. Damals, so Klüger, sei die Frage unvermeidlich gewesen, wie ihre Dozenten sie und andere Juden wohl in der NS-Zeit behandelt hätten.

Professor Josef Engert betreffend, bei dem Klüger damals sicherlich Philosophie hörte, könnte eine Antwort lauten: Engert hätte sie mit seiner völkisch-antisemitischen Theologie als „undeutsche“ und verderbte „Gottesmörderin“ belästigt, hätte ihr in seinem „rassenhygienischen“ Wahn die *Nürnberger Gesetze* und das vorgeblich die deutsche Kultur zersetzende „jüdische Blut“ vorgehalten. Obendrein hätte Engert Ruth Klüger und andere Juden falls möglich noch im überseeischen Exil behelligt – seine weitläufigen NS-Propagandaschriften bezeugen all dies.

Unter PTH-Dozenten der Nachkriegszeit, die Engert nach Regensburg holte, ragten neben Ernstberger noch andere heraus – zwei davon sollen kurz beschrieben werden.

Vom Nazi-Karrieristen zur „Kriegsbeute“

Um die nach Regensburg ausgelagerten Medizin-Studenten bis zum Physikum ausbilden zu können, wurde an der Regensburger PTH eine *Medizinische Abteilung der medizinischen Fakultät der Universität München* gegründet. Während die regulären Vorlesungen in den Hochschul-Gebäuden am Ölberg stattfanden, übten die Mediziner (etwa 300 im WS 1947 und insgesamt 700 bis zur Auflösung der med. Abteilung 1953) zunächst im Sektionshaus von Karthaus und später in den instandgesetzten Gebäuden des Messerschmitt-Konzerns in der Prüfeninger Straße praktisch an Leichen. Die Chemischen-Institute befanden sich zum Teil im städtischen Dörnberg-Palais, die VWL-Abteilung und Studentenwohnungen waren in Räumen des Schlosses Prüfening untergebracht.

Für die chemischen Vorlesungen war der 1898 in München geborene Chemiker Wolfgang Grassmann zuständig. Grassmann – 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1933 SA-Mitglied, 1934 Nachfolger des verfeimten jüdischen Direktors, Max Bergmann, am *Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Lederforschung* in Dresden, 1940 Leiter des „NS-Vierjahresplaninstituts Leder“ – war ein typischer Nazi-Karrierist. Als Sachverständiger der *NS-Wirtschaftsgruppe Leder* propagierte er Schuh-Versuche mit Häftlingen des Konzentrationslagers in Sachsenhausen. Auf der berüchtigten, unter SS-Kommando stehenden „Schuhläuferstrecke“ mussten Gefangene synthetische und natürliche Schuhmaterialien testen: auf eigens hergestellten Belägen, die den „Querschnitt durch sämtliche Straßen Europas“ entsprachen, bis zu 40 Kilometer täglich.

In reichlich entlohnter Kooperation mit dem Kriegsverbrecherkonzern *I.G. Farbenindustrie AG* experimentierte Grassmann zudem mit vielfältigen Methoden zur Imprägnierung von diversen Ledersorten gegen den chemischen Kampfstoff Lost. (Das auch Senfgas genannte Giftgas Lost wurde 1916 an einem von Fritz Haber geleiteten KW-Institut entwickelt und im Ersten Weltkrieg erstmals eingesetzt.)

Nach dem Kriegsende sei Grassmann „gewissermaßen als ‚Kriegsbeute‘ von den Besatzungsbehörden“ dem bayerischen Wirtschaftsminister Erhard zur Reorganisation der Lederherstellung zu Seite gestellt worden – wie er sich 1957 in einem Vortrag der Max-Plank-

Gesellschaft andeutungsvoll ausdrückt. An die PTH Regensburg kam er im Frühjahr 1947 als Ordinarius für Chemie und logierte seit 1948 im Dörnberg-Palais.

Ebenso wie Engert wäre Grassmann gerne Ordinarius einer Universität – mit dem Recht auf Promotionen und Berufung von Professoren – geworden und als Direktor eines Max-Planck-Institutes an der Donau geblieben. Daher engagierte er sich ebenfalls für die Errichtung einer Universität in Regensburg. Da eine solche durch die negative Entscheidung des Landtags vom Oktober 1952 generell nicht mehr erreichbar schien, wurde das *Max-Planck-Institut für Eiweiß- und Lederforschung* nebst seinem Direktor Grassmann 1957 nach München verlagert. Sein Anatomie-Kollege Kiesselbach kam von dort.

Regensburg: Professorenschmiede für „Mitläufer“

Für die anatomischen Übungen der angehenden Mediziner an Leichenpräparaten war seit Oktober 1947 der Anatom Anton Kiesselbach verantwortlich. Kiesselbach, geboren 1907 in Kempenich (Eifel) war Mitglied in der NSDAP und der SA. Im Jahre 1942 folgte er als Assistent seinem Professor August Hirt freiwillig an die „Reichsuniversität Straßburg“. SS-Sturmbannführer Hirt tötete im unweit gelegenen Struthof KZ-Häftlinge mit dem Kampfgiftgas Lost, um ihre Leichname hinterher zu sezieren bzw. „auszustellen“. Sein Assistent Kiesselbach soll sich laut NS-Forscher Ernst Klee daran beteiligt haben.



Anton Kiesselbach um 1982: Foto: Fotostelle Stadt Regensburg

Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft betätigte sich Kiesselbach bis Mai 1947 als dienstverpflichteter Arzt in einem Augsburger Kriegsgefangenenlazarett. Die dortige Spruchkammer I stufte ihn im März 1947 als „Mitläufer“ ein und verfügte eine Sühneleistung von 1.100 Reichsmark. Rechtlich gesehen wäre die Eingruppierung als „Mitläufer“ seiner Berufung nach Regensburg eigentlich im Wege gestanden, als er im Oktober 1947 als Dozent an die *Medizinische Abteilung Regensburg* kam. Ausweislich seiner Personalakte im bayerischen Kultusministerium gelang es Kiesselbach erst durch die Weihnachtsamnestie von 16. März 1949 als „nicht betroffen“ eingruppiert

zu werden. Dafür brauchte Kiesselbach einen „Wehrdienstschaden“: Er reklamierte eine Nieren- und Leberschädigungen sowie Kopfschmerzen, die er sich seinerzeit im Dienst zugezogen habe.

Im Februar 1950 bemühte sich Kiesselbach um eine Professur in Regensburg. Sein Vorhaben blieb allerdings fast fünf Jahre erfolglos, obwohl er viele Fürsprecher hatte. Kiesselbach zog hierbei alle Register. Im Mai 1951 ließ er sich vom bayerischen Innenministerium als heimatvertriebener Flüchtling anerkennen und versuchte darüber eine spezielle Professur zu erreichen – erfolglos. Im Juli 1952 probierte er über die Regelung des Artikels GG 131 als Professor Wiederverwendung zu finden – erfolglos, da er in der NS-Zeit nur eine Assistentenstelle bekleidete. Im Februar 1953 ließ er sich nochmals vom nordrhein-westfälischen Innenminister, nebst indirekter Empfehlung von Bischof Buchberger anpreisen – negativ. Im April 1954 bewarb er sich zusätzlich nach München – zunächst erfolglos. Da sich 1952 die Regensburger Pläne für eine Universität zerschlagen hatten, wollte Kiesselbach die Stadt verlassen – nach Möglichkeiten mit einem Professorentitel.

Im Januar 1955 endlich bekam er vom Kultusministerium, mit Zustimmung von Bischof Buchberger, die Zusage für einen Biologielehrstuhl an der PTH Regensburg. Diesen hielt er aber nur für wenige Monate besetzt, da er danach den Aufstieg an eine Universität schaffte: Im April 1955 erhielt Kiesselbach einen Ruf an Lehrstuhl und Direktorat des *Topographischen-Anatomischen Instituts an der Medizinischen Akademie der Universität Düsseldorf*. Ausschlaggebend war hierbei seine Begünstigung durch die Artikel-131-Regelung von 1951, die NS-Beamten das Recht auf Wiedereingliederung in den Staatsdienst verschaffte, sofern sie zehn Jahre Dienstzeit vorweisen konnten und nicht als „Hauptschuldige“ oder „Schuldige“ eingestuft worden waren.

Zu Josef Engert unterhielt Kiesselbach ein freundschaftliches Verhältnis – auch noch von Düsseldorf aus. Sie verband auch die gemeinsamen Besuche im sogenannten „Ortszirkels Strudel“, ein Treffpunkt, bei dem in Regensburg *alte Herren* katholischer Studentenverbindungen des Kartellverbands (KV) zusammenkamen. Ebenso gemeinsam war ihnen der Ruf, Vater der Idee der Regensburger Universität zu sein.

Kurz nach Kiesselbachs Weggang, nach dem Wintersemester 1954/55, wurde übrigens die Auslagerung von Unistudenten an die bayerischen Philosophisch-theologischen Hochschulen vom Kultusministerium einheitlich beendet. Die Studentenzahl sank daraufhin in Regensburg im Jahre 1955 auf rund 320. Professor Josef Engert war zu diesem Zeitpunkt längst emeritiert. Anfang November 1947 als Rektor abgewählt, musste er im März 1948 aus dem Dienst scheiden – gegen seinen Willen. Deshalb protestierte Engert gegen seine Demission schriftlich.

1948: Engert als Opfer einer Denunziation?

Aus dem diesbezüglichen, über Monate andauernden Schriftverkehr geht hervor, dass Engerts NS-Engagement hierbei eine Rolle spielte. Bereits Mitte 1947 gingen – so Engert in einer Beschwerde ans Kultusministerium – im bayerischen Kultusministerium anonyme Hinweise ein, dass er im März 1938 im *Korrespondenz- und Offertenblatt für die gesamte katholische Geistlichkeit Deutschlands* zum „Anschluss Österreichs“ durch Nazi-Deutschland aufgerufen habe. Obwohl Forderungen nach bzw. die Begrüßung des „Anschlusses“ 1938 in fast allen gesellschaftlichen Kreisen Nazideutschlands dominant waren, rechtfertigte Engert sich hierfür im Nachhinein eigenartig.

Er degradierte sich zum Befehlsempfänger von Goebbels: Der Aufruf sei eine sogenannte „Pflichtaufgabe“ und er „amtlich durch das Propaganda-Ministerium verpflichtet“ gewesen, „einen

Aufruf für die Einverleibung Österreichs in das Reich zu schreiben.“ Er habe zudem nicht anders argumentiert wie Bischöfe in den entsprechenden Hirtenbriefen – so rechtfertigte Engert sich in seinen Schreiben von Mitte Juni 1948 an das Kultusministerium (vgl. Personalakte Engerts MK 44585).

Er sah sich als Opfer einer „Denuntiation“ [sic], die beim Bischof und der Militärregierung vorgetragen worden sei. Er fragte sich, womit er es verdient habe, „daß all jene, die durch meine Mühe ihren Lehrstuhl in Regensburg haben, mit zäher Konsequenz an meiner Vernichtung arbeiten?“ Man solle ihm doch in Amt und Würden „noch die Errichtung oder das Geschick der neuen Universität erleben lassen.“ Eine Uni Regensburg stand Engert in jenen Tagen offenbar deutlich vor Augen, er glaubte mit seinem Anliegen kurz vor dem Durchbruch zu stehen. Eine „Denkschrift zur Errichtung einer neuen Universität in Bayern“ – numerisch die zweite – hatte er bereits im Januar 1948 verfasst.

Keine Selbsterkenntnis

Wenngleich in der Begründung falsch, lag Engert in einem anderen Aspekt des Schreibens nicht ganz daneben. Er gab im bereits erwähnten Schreiben zu bedenken, ob seine Demission überhaupt zielführend sein könne: „durch die national-sozialistische Hochschulpolitik [!] ist es kaum möglich, einen unbelasteten Nachfolger zu finden.“ Doch auch mit dieser wohlfeilen Selbstempfehlung kam er nicht durch. Bis Ende des Jahres 1948 kämpfte Engert beim Kultusministerium vergeblich um eine Verlängerung seiner Professur über das 65. Lebensjahr hinaus. Auch die Herren im PTH-Kollegium verwehrten ihm dies einhellig und sprachen sich mehrfach dagegen aus. Der Öffentlichkeit blieben diese internen Auseinandersetzungen und Kämpfe verborgen. Nach 1948 erhielt Engert nur noch kleine, unbesoldete Lehraufträge an der PTH, eigenartigerweise auch für Wirtschaftsgeschichte.

Die abwegige Schutzbehauptung von Joseph Engert – er sei amtlich zur Propaganda verpflichtet gewesen – lässt tief blicken. Ebenso seine wahrheitswidrigen Angaben bei der amerikanischen Militärregierung, wonach er gegen die NS-Ideologie gekämpft und sich für KZ-Häftlinge eingesetzt habe. Es fehlten ihm redliche Selbsterkenntnis und Übernahme von Verantwortung für das eigene Tun im NS-Regime. Dies war eine landläufige Haltung von Überzeugungstätern und Opportunisten, die 1933 das NS-Regime begrüßten und unterstützten, sich jedoch nach Mai 1945 vorzugsweise als Opfer oder Widerständler darstellten.

Erschwerend kommt hinzu, dass Engert sich und seine zum Teil schwer belasteten Kollegen mehrfach und verschlagen als „unberührt vom nationalsozialistischen Gift“ darstellte und die Öffentlichkeit täuschte. Durch dieses Verhalten hat Josef Engert gerade als Hochschullehrer eine Unmenge der „Zweiten Schuld“ (Ralph Giordano) auf sich geladen. Er kann als Paradebeispiel für jene Führungspersönlichkeiten der katholischen Kirche gelten, die 1945 von einem Neubeginn unter ihrer Dominanz sprachen, persönlich aber nicht willens oder in der Lage waren, das eigene pronationalsozialistische Verhalten und Wirken einzugestehen.

IV. Josef Engert - Entschlossene Geschichtsverdrängung

Auf der großen Feier der PTH zu seinem 65jährigen Geburtstag (25.1.1947) versicherte Engert, sich auch fürderhin zum Wohle des akademischen Nachwuchses einzusetzen, „um so zum Wiederaufstieg unseres Volkes beizutragen.“ Die Entnazifizierung war hierbei – wie geschildert – keine notwendige Voraussetzung sondern ein lästiges, zu umgehendes Hindernis. Bereits Mitte 1947 schlug er in einer ersten Denkschrift an das bayerische Kultusministerium eine kirchlich geprägte „Hochschule für Geisteswissenschaften“ vor, was jedoch abgelehnt wurde. Da auch die Professoren der Bamberger PTH zur Universität aufsteigen wollten, die finanziellen Landesmittel jedoch allemal zu knapp waren, entwickelte das Münchner Ministerium 1948 den Kompromiss einer zweigeteilten Universität Bamberg-Regensburg. Wobei an der Donau Geisteswissenschaften und Medizin, an der Regnitz Jura, VWL und Naturwissenschaften und an beiden Orten römisch-katholische Theologie gelehrt werden sollten.

Dieser Plan hatte viele Gegner: Die Fraktionen von SPD und FDP im Landtag, die bestehenden Unis einschließlich der katholischen Fakultäten und die evangelischen Kirche, für die keine eigene Fakultät vorgesehen gewesen war. Die Errichtung einer vierten bayerischen Landesuniversität entpuppte sich zu einem Landespolitikum ersten Ranges, in dessen Rahmen neben bildungspolitischen ebenso städtische, kirchliche, regionale und wirtschaftliche Interessen verhandelt wurden. Schon 1950 vertagte der Landtag die Standortentscheidung und zwei Jahre später wurde der Kompromiss Bamberg-Regensburg verworfen. Stattdessen sollten die raren finanziellen Mittel in den Ausbau der bestehenden Uni-Standorte München, Erlangen/Nürnberg und Würzburg fließen.

Katholische Grabenkämpfe

Eine pragmatische Entscheidung, die Engert jedoch in seinen *Reflexionen* von 1962 verschwörungsmäßig auf sich persönlich bezog. Als seine damaligen Hauptfeinde wählte er demnach den Kultusminister Alois Hundhammer und dessen „allzu williges Werkzeug“ Heinz Fleckenstein, Engerts Nachfolger als PTH-Rektor seit 1947. Beide haben seiner Ansicht nach gegen eine Universität in Regensburg agiert. Und in den Augen Engerts besonders verwerflich: Fleckenstein habe im Juni 1947 die *Katholische Studentenverbindung Rupertia* (Cartell-Verband) gegründet „obwohl er ein KVer“, also Mitglied im konkurrierenden *Kartell-Verband* war, so Engert vorwurfsgeladen.

Ogleich die hier angedeuteten Grabenkämpfe zwischen katholischen Studentenverbindungen von außen betrachtet zunächst wie Kinderkram erscheinen, wurde damals wohl das Fundament für die Dominanz der *K.St.V. Rupertia* in der Regensburger Stadtgesellschaft gelegt.

Unigründung durch falsche Partei

Nach dem negativen Landtagsentscheid gab Engert freilich nicht auf, schrieb weiterhin Briefe an Entscheidungsträger bzw. Kritiker und modifizierte seine Denkschriften. Er wurde Wortführer im „Verein der Freunde der Universität Regensburg“, der 1959 in SPD-Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneten (MdL) Rudolf Schlichtinger einen gewichtigen Unterstützer fand und Lobbyarbeit für Regensburg leistete. Die einstimmige Entscheidung für den Unistandort Regensburg fiel erst im Juli 1962. Vorausgegangen waren ein entsprechender Antrag im Landtag von MdL Schlichtinger und Parteikollegen vom Januar 1961 und ein kurz danach von einigen CSU-Abgeordneten gestellter, gleichgerichteter Gesetzesantrag.

Für Engert war es ein Graus, dass die SPD an der Neugründung der Regensburger Universität maßgeblich beteiligt war. Mit einem Schreiben an den „Herrn Bundes-Minister Dr.F.Jos. Strauß in der Bayernhalle München“ von Juli 1961 wollte er in dieser Hinsicht Schadensbegrenzung betreiben und warb zumindest für eine geschlossene Haltung der CSU pro Uni-Standort Regensburg.

Die Regensburger Universität hatte jedoch keinen guten Start. Erst nach monatelangen Verschiebungen und Verzögerungen konnte ihr Grundstein am 20. November 1965 gelegt werden – ihr Gründungsdirektor Götz von Pölnitz wurde tags darauf entlassen. Pölnitz war nicht mehr haltbar, nachdem seine Schulungstätigkeiten für das NS-Regime, unter anderem bei der Obersten SA-Führung, bekannt geworden waren. Der Vorlesungsbetrieb an der Donau startete zum Wintersemester 1967/68.

Da die bayrischen Universitäten Ende der 1960er Jahre weiter durchgängig überfüllt waren, wurde 1970 auch in Augsburg und etwas später in Bamberg (1972) bzw. Passau (1978) eine Universität gegründet.

Albertus-Magnus-Medaille für einen „Phantasten“

Die erste städtische Auszeichnung für Josef Engert ließ nicht lange auf sich warten. Nachdem der ehemalige SS-Förderer und NSDAP-Genosse Hans Herrmann 1952 in Regensburg als CSU-Oberbürgermeister an die Macht kam, verlieh er mehreren Parteigenossen und Professoren, die sich zu Hitler bekannt hatten bzw. von ihm ernannt worden waren, die städtische *Albertus-Magnus-Medaille*. Neben Domkapellmeister Theobald Schrems, Nazi-Dichter Florian Seidl und Museumsdirektor Walter Boll kamen auch die PTH-Professoren Hans Dachs, Sebastian Killermann und eben Josef Engert zum Zug.



1979: Oberbürgermeister Friedrich Viehbacher (li.) verleiht zum ersten Mal den Josef-Engert-Preis an Karl Betz (2. v. re.).
Foto: Fotostelle Stadt Regensburg

Als Engert von der Ehrung im Vorfeld erfahren hatte, wandte er sich schriftlich an den kirchentreuen OB Herrmann und bat „dringend davon abzusehen“ (Schreiben vom 4. Oktober 1955; in Nachlass Engert, Staatliche Bibliothek: IM/NL Engert). Seine unablässigen Bemühungen um eine Universität seien „mißglückt, wenn auch nicht durch meine Schuld“. Er müsse „die Ehrung als Ironie ansehen, weil ein ‚Phantast‘ sich an einen so großen Gedanken wagte.“ Er wüsste nicht, warum die Stadt gerade ihm eine Medaille verleihen sollte. Erwähnen könnte man den Aufbau des Domgymnasiums und der VHS, was aber doch längst wieder vergessen sei. Es widerstrebe ihm, Auszeichnungen für selbstverständliche Leistungen anzunehmen. Es reiche ihm das Bewusstsein, nach seinen „Kräften der Stadt und dem Volke gedient zu haben.“

Auch diese – vielleicht gar nicht so ernst gemeinte – Intervention missglückte Engert, wenn man so will. Jedenfalls wurde ihm die *Albertus-Magnus-Medaille* im gleichen Jahr verliehen. Weitere folgten: 1956 Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, 1959 der Bayerische Verdienstorden und 1962 die „Silberne Bürgermedaille der Stadt“.

Fünfzehn Jahre nach seinem Tod von 1964 wurde unter OB Friedrich Viehbacher Ende November 1979 anlässlich der Grundsteinlegung des Uniklinikums zum ersten Mal ein städtischer „Josef-Engert-Preis“ für herausragende akademische Leistungen mit einem Bezug auf Regensburg verliehen.

Die Erzählungen über Engert als honoriger Vater der Universität Regensburg wurden auf diese Weise auf eine höhere Stufe gehoben und so kanonisiert. Um die Reihe postumer Ehrungen abzuschließen, benannte die Stadtverwaltung ein Jahr später, 1980, eine Straße am Unigelände nach Josef Engert. Diese mündete – skurril und passend gleichermaßen – in eben jene Straße, die damals noch den Namen des Nazidichters und Unterstützers der NS-Rassenhygiene Florian Seidl trug.



Sichtbares Andenken bei der Universität: Die Josef-Engert-Straße.
Foto: Werner

Entschiedene Befürworter des NS-Regimes wie Seidl und Engert bzw. der interessensgeleitete bzw. verdeckende Umgang der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit ihnen haben nicht nur ideelle Altlasten hinterlassen. Fast zeitgleich mit der Verleihung des ersten „Josef-Engert-Preises“ tauchten 1979 auf dem ehemaligen Militärgelände in Schierling hunderte von Ampullen mit dem Kampfgas

Lost auf. Man hatte sie im April 1945 nur notdürftig vergraben – zwischenzeitlich war etwas Gras darüber gewachsen.

Der bereits erwähnte Lehrbeauftragte der Regensburger PTH, Anton Kiesselbach, der in der NS-Zeit an Tötungen und Versuchen mit *Lost* beteiligt gewesen sein soll (siehe Teil III), bekam im März desselben Jahres vom Regensburger Oberbürgermeister Viehbacher eine einzigartige Auszeichnung verliehen: die „Reichsaalmedaille“. Dies wäre aber eine eigene, absonderliche Geschichte.

Regensburger Vergangenheitspolitik zwischen Missbrauch und Ignoranz

Welches Interesse hatte die Regensburger Stadtverwaltung daran, Engert gegen seinen Willen auszuzeichnen oder nach seinem Tod eine Straße bzw. Preis nach ihm zu benennen? Gefälligkeit oder einfach Ausdruck einer notorisch konservativen bzw. pseudo-entnazifizierten Verwaltung, die sich um NS-belastete Gestalten kümmerte? Wie kam ein von der SPD dominierter Stadtrat 1973 auf die Idee eine Straße nach dem Nazi-Dichter Florian Seidl zu benennen? Was bewegte OB Viehbacher dazu den Nazi-Anatomen Kiesselbach mit einer eigens kreierten Medaille auszuzeichnen?

Bis in die heutigen Tage drängt sich der Eindruck auf, dass die städtische Vergangenheits- und Gedenkpolitik hinsichtlich der NS- und Kriegsgeschichte auf einem mächtigen Fundament von moralischer Verwüstung, interessensgeleiteter Geschichtsklitterung und konservativ-klerikaler Kulturpolitik fußt. An den Spruchkammerlügen des Nazi-Bürgermeisters Otto Schottenheim hielt die Stadtverwaltung bzw. Stadtpolitik über seinen Tod hinaus fest. Oder, um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Bis zuletzt stützte Oberbürgermeister Hans Schaidinger die wohlfeile, die Wehrmacht verklärende Legende des Tagebuchfälschers und selbsternannten Retters der Stadt zum Kriegsende, Robert Bürger.



1980: Werner Chrobak erhält den zweiten Engert-Preis. Foto: Fotostelle Stadt Regensburg

Einen befremdeten Eindruck in Bezug auf den Umgang den Regensburger mit der Nazizeit hatten allerdings vor über dreißig Jahren schon andere. 50 Jahre nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus kritisierte ein Zeitungsbericht in *DIE WOCHE* (vom 27.3.1983) unter der Überschrift „Ursachen und Folgen – Kollektive Vergangenheitsverdrängung“ den bürgerschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Vieles davon, etwa die nach Hans Herrmann benannten Schulen, ist immer noch aktuell. So dauert auch die Verdrängung und Verleugnung des NS-Engagements von Josef Engert an, insbesondere innerhalb der Theologenschaft.

Erster Rückblick der Universität: Kein akademischer Lehrer der PTH politisch kompromittiert

Zwanzig Jahre nach ihrer Eröffnung war in der Regensburger Zentralbibliothek die kleine Ausstellung „Dokumente zu Vorgeschichte und Aufbau der Universität Regensburg“ zu sehen. Sachlich und prägnant wurde darin ihre Entstehungsgeschichte nachgezeichnet und die Vorreiterrolle von Prof. Dr. Josef Engert betont. Im *Kurzführer* der Ausstellung von 1987, verfasst von Friedrich Hartmannsgruber, heißt es, die Gründungsidee aus der frühen Nachkriegszeit sei eine Rückbesinnung auf weltanschauliche Normen gewesen, „die während des Nationalsozialismus verschüttet gewesen waren.“ (S.3)

Diese Darstellung war ganz im Sinne Engerts, der die Jugend „auf große, gerechte und glühende Ideen wahrhaft christlichen Geistes“ umschulen wollte. Engerts NS-Engagement wird in der Ausstellung allerdings überhaupt nicht angesprochen und seine Demission von 1947 mit konzeptionellen Differenzen innerhalb des Kollegiums hinsichtlich einer Universität erklärt. Dies ist insofern bemerkenswert, da die Ausstellung auch auf Engerts Nachlass gründete und aus diesem seine affirmative Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eindeutig hervorgeht.

Auch der Religionspädagoge Wolfgang Nastainczyk blickte 1987 in seinem Festvortrag auf die 20jährige Geschichte der römisch-katholischen Fakultät in Regensburg und auf ihren Vorläufer zurück. Nastainczyk, der dort seit den Anfängen von 1967 als Professor wirkte, kam bei dieser Gelegenheit zu einem verwunderlichen Befund. Da die PTH in der NS-Zeit stark benachteiligt gewesen sei, seien zum Kriegsende 1945 nur noch zwei der elf Professuren besetzt gewesen. Das Gute daran – so der Religionspädagoge: Von den wenigen Verbliebenen habe kein akademischer Lehrer „sich politisch kompromittiert, was in der NS-Zeit ja leider auch unter katholischen Theologen nicht selbstverständlich“ gewesen sei. Welche Theologen sich im Nationalsozialismus kompromittiert hatten, erfährt man von ihm nicht.

Entschlossene Verdrängung statt redlicher Rückblick

Der Priester Nastainczyk zeigt Entschlossenheit: nicht zu einem redlichen und selbstkritischen Rückblick, sondern zur Verdrängung. Er weiß weder von dem *Bekennnis zu Adolf Hitler* der gesamten PTH-Professorenschaft von 1933 noch von Engerts Kampf gegen „das weitere Einsickern jüdischen Blutes“ etwas zu berichten. Für Engerts Nachkriegsengagement findet er nur Worte des Lobes und der Anerkennung. Ihm gebühre zweifelsfrei „die Ehre, Vater des Regensburger Universitätsgedankens genannt zu werden“. Der Regensburger Kirchenhistoriker Karl Hausberger übernahm diese schmeichelhafte Darstellung samt ihrer Lücken.

Gelehrtes Regensburg blendet Quellen aus

In der Ausstellung *Gelehrtes Regensburg – Stadt der Wissenschaft* bzw. im gleichnamigen Begleitbuch von Ende 1995 bespricht erstmals der Theologe Karl Hausberger ansatzweise die PTH in der NS-Zeit. Wie zuvor Wolfgang Nastainczyk sieht der Geistliche Hausberger die PTH als von den Nationalsozialisten „ideell, personell und finanziell benachteiligt“ an, bis sie 1939 schließlich geschlossen wurde. Ebenso betont er Engerts unermüdlichen Einsatz im Wiederaufbau hin zur Gründung der Universität. In den ersten zehn Nachkriegsjahren habe die „Ersatzuniversität“ – sprich „angesehene ältere Gelehrte und hoffnungsvolle jüngere Wissenschaftler“, die als „Flüchtlinge“ gekommen seien – Hervorragendes für die Überwindung des akademischen Notstands geleistet (S. 190).

Problematisches oder Kritikwürdiges entdeckte Hausberger, seit 1982 in Regensburg Lehrstuhlinhaber für Neuere Kirchengeschichte, für diese Zeit nicht. Offenbar arbeitete auch er nur höchst selektiv mit dem Nachlass Engerts. Allein im Ausstellungstext – verfasst von seinem damaligen Assistenten Manfred Eder – findet sich eine kritische Andeutung zu Engert. Eder bemerkt knapp: Engerts *Philosophischen Reisenotizen – Wohin Amerika* seien nicht frei von „nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Anklängen“ (S. 207).

Engert wird „Brückenbauer“ zum Nationalsozialismus

Elf Jahre später, als Hausberger eine Arbeit zu *Die Philosophisch-Theologische Hochschule in Regensburg in der Zeit des Nationalsozialismus* (2006) veröffentlichte, ging er dieser Andeutung eigenartigerweise nicht nach. Zweifelsfrei sei Engert ein „Rechtskatholik“ gewesen, der wie viele andere auch der Weimarer Republik „skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden sind“, so Hausberger. In seiner Abhandlung, die leicht verändert auch im Rahmen der bundesweiten Studie „Katholische Theologie im Nationalsozialismus“ (2007) erschien, geht der Kirchengeschichtler vorläufig davon aus, dass Engert sich zumindest zu Beginn der NS-Herrschaft „wie kein anderer seiner Kollegen als Brückenbauer zum Regime“ geriert habe. Und, dass die reservierte Haltung, die Bischof Buchberger gegenüber Engert eingenommen habe – wie Hausberger nebenbei anmerkt –, höchstwahrscheinlich mit dessen Affinität zum Nationalsozialismus erklärbar sei. Genaueres könne aber erst nach einer gründlichen Beschäftigung mit den Publikationen Engerts gesagt werden. Was die anderen *brückenbauenden* PTH-Kollegen auszeichnet, bearbeitete Hausberger ebenso wenig wie die völkischen Ansätze bei Buchberger.

Hausbergers schiere Weigerung den Engertschen Nachlass nachvollziehbar auszuwerten verwundert umso mehr, wenn man bedenkt, dass er 1996 eine heldenmäßige Biografie zu dessen Bruder Thaddäus publizierte. Der katholische Priester und Theologe Thaddäus Engert wurde 1908 wegen sogenannter modernistischer Tendenzen exkommuniziert, wechselte daraufhin zunächst ins lutherische und in der NS-Zeit ins Lager der *Deutschen Christen*. Thaddäus Engert wollte im Rahmen des NS-Regimes eine andere Kirchlichkeit, ein deutsch-völkisches Christentum aufbauen. Genau darin trafen sich die Engert Brüder: Beide wollten das NS-Regime auf ein völkisch-christliches Fundament stellen. Im Sommer 1940 besuchte Thaddäus Engert seinen Bruder Josef in Regensburg, wo sie sich vermutlich auch über ihr weiteres Vorgehen austauschten. Hausberger erwähnt nur diesen Besuch, geht aber den völkischen Gemeinsamkeiten der Brüder aus dem Weg.

Untiefen in der kirchlichen Zeitgeschichte Regensburgs

Warum untersuchte Hausberger die im Druck vorliegenden völkisch-christlichen Manifeste Engerts nicht? Warum bewertete Hausberger Josef Engert nur *vorläufig*

Hausbergers Problem dabei: Bischof Graber adelte Adam 1976 in seinem Festvortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Katholischen Fakultät zum „Wegbereiter des Zweiten Vatikanischen Konzils und seiner Theologie“. Strippenzieher des Vortrags und der Ehrenpromotion für Graber von 1976 waren der damalige Regensburger Professor Joseph Ratzinger und der bereits erwähnte Wolfgang Nastainczyk, damals Dekan der Fakultät.

Die von völkischen Theologen wie Engert und Adam propagierte Zusammenarbeit von Nationalsozialismus und Christentum stieß innerhalb der katholischen Kirche freilich bereits in der NS-Zeit auch auf Protest. So zum Beispiel von Seiten des Berliner Domprobstes Bernhard Lichtenberg, der dem nazifreundlichen Theologen Adam energisch widersprochen hatte und als Nazi-Gegner auf dem Weg zur Internierung im Konzentrationslager Dachau verstarb.

Demgegenüber konnte Adam seine völkische Theologie 1934 sogar auf einer Veranstaltung im Rahmen des Katholikentags in Stuttgart unter Kirchenvolk tragen. Seine rhetorische Frage von damals lautete, ob nicht ein neues deutsches Volk im Werden sei, ein Volk „das zurückkehrt zum ererbten Blut, zum heimischen Boden und zu jenem Urtum und Heiligtum, aus dem es von jeher seine besten Kräfte nahm, zum christlichen Glauben?“

Katholische Resistenz und Anregung durch Nicht-Katholiken?

Die pronationalsozialistische Propaganda der Theologen Engert und Adam dürfte viel dazu beigetragen haben, dass sich die angeblich vor dem März 1933 vorhandene katholische „Resistenz“ gegen die nationalsozialistische Ideologie, die auch Hausberger hochhält, weitestgehend verflüchtigte. Diese kirchengeschichtlichen Zusammenhänge historisch und theologisch aufzuarbeiten, das wäre eine sehr lohnenswerte Arbeit für einen Lehrstuhlinhaber. Hausberger leistete sie nicht, er emeritierte im Jahre 2009. Er stand unter der Kuratel von Bischof Gerhard Ludwig Müller, der sich wiederholt mit strategisch gesetzten, inhaltlich jedoch abstrusen NS-Vergleichen ins Rampenlicht stellte.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen war Karl Adam ein international bekannter Dogmatiker, in etwa so wie heutzutage Gerhard Ludwig Müller mit seinem Werk. Liest man in Müllers *Katholischer Dogmatik* (1996) nach, erfährt man, dass sich die katholische Theologie in der Kriegszwischenzeit mit „der nicht-katholischen Kultur“ breit anregen habe lassen. Eine schwammige Floskel, die auch dahingehend gedeutet werden könnte, der Dogmatiker Adam habe sich von der völkischen NS-Bewegung anregen lassen. Müller geht auf dessen NS-Engagement freilich nicht ein. Adam habe, so Müllers *Dogmatik* lapidar, „den Geist der Tübinger Schule“ weiter entwickelt, ebenso wie seinerzeit Professor Josef Ratzinger.

Da Müllers Nachfolger Rudolf Voderholzer bei der Amtseinführung just Bischof Graber zu seinem Vorbild auserkoren hat, dürfte der generationenübergreifende Verdrängungskomplex seitens der Theologen hinsichtlich NS-Geschichte noch eine Zeit lang Bestand haben.

„Brücken bauen“ in der „Josef-Engert-Straße“

Josef Engert kann seine völkische Theologie, seinen Antisemitismus und Rassismus schon lange nicht mehr persönlich verbreiten – er starb vor bald 50 Jahren, am 7. Oktober 1964. Der geschönte und unredliche Umgang mit Engert, dem *Brückenbauer zum NS*, schwebt jedoch über der Stadt und in der Diözese. Sein verdrängtes oder verleugnetes NS-Engagement kommt zutage, sobald man an der gedenkpolitischen Fassade ein wenig kratzt, auch dann, wenn der Katholikentag „Brücken bauen“ will.



Vorbereitung für den Gottesdienst zum Katholikentag 2014 im Uni-Stadion in der Josef-Engert-Straße. Foto: Werner

Die erste große Eucharistiefeier und der Hauptgottesdienst des Regensburger Katholikentags, jeweils geleitet von Bischof Voderholzer, fanden just im Uni-Stadion an der *Josef-Engert-Straße* statt.

Auffällig ist, dass sich das gigantische Programm zum Katholikentag so gut wie nicht mit Fragen zum Nationalsozialismus beschäftigt. Allein das Leben des 1934 im KZ Dachau erschossenen Journalisten Fritz Gerlich, der gegen das NS-Regime angeschrieben hatte, wurde thematisiert. Gerlich gilt deswegen als Vorzeige-Katholik, zumal er dazu angeblich von *Resl von Konnersreuth* animiert worden und sogar zum katholischen Glauben übergetreten war. Bischof Voderholzer ließ es sich von daher nicht nehmen, eine Veranstaltung zum Wirken Gerlichs persönlich zu begleiten.

Unerträglicher Preis

Auch wenn der gesellschaftliche Umgang mit NS-Sympathisanten und NS-Tätern in anderen Städten grundsätzlich kaum anders gewesen sein dürfte, ist die Regensburger Situation eine besondere. Am

Beispiel Engert zeigt sich erneut, wie unauflöslich verquickt die NS- bzw. Unigeschichte der Stadt mit der der katholischen Kirche ist. Bezüglich Engerts Meriten, die er anlässlich der Unigründung erworben haben soll, stimmten in das polyphone und medial aufgegriffene Lobeslied ein: die Stadtpolitik, der wirtschaftsnahe „Verein der Freunde der Universität“, die Selbstdarstellung der Universität und das bischöfliche Ordinariat.

Angesichts dieser Phalanx wäre es eine Überraschung, wenn das Ergebnis dieser Recherche, die Engert als ein völkischen Theologen, Antidemokraten, Antisemiten und untragbaren Namenspatron zeichnet, einen Kurswechsel in der unredlichen Gedenk- und Vergangenheitspolitik bezüglich Engert einläuten würde. Engert steht exemplarisch für eine moralisch verwüstete Generation, die 1933 die völkische NS-Ideologie mit ihrem Antisemitismus und Rassismus aktiv verbreitet und sich nach 1945 mit Selbstbetrug und Lügen der Entnazifizierung entzogen haben. Gerade solche Figuren wurden in der deutschen Nachkriegsgesellschaft mehrfach ausgezeichnet.

Andererseits ist es fünfzig Jahre nach dem Tod Engerts längst an der Zeit, dass die Universität ihre wohlfeile Selbstdarstellung und die tendenziöse Verklärung der Person Josef Engert aufgibt. Es ist an der Zeit, dass der „Josef-Engert-Preis“ abgeschafft oder besser: umbenannt wird.

Ein Preis für Raphael Straus

Anbieten würde sich der jüdische Historiker Raphael Straus, der 1933 vor den Engerts und anderen Nazis geflohen ist, und 1947 im amerikanischen Exil verstarb. Wie kein zweiter hat sich Strauß unschätzbare Verdienste nicht nur um die Erforschung der jüdischen Geschichte Regensburgs erworben, indem er jahrelange Quellen- und Aktenstudien betrieb und diese editierte.

Von außen gedrängt, veranstaltete das Kulturreferat 2006 ein Symposium, in dessen Rahmen das Werk von Straus in Regensburg erstmals ansatzweise gewürdigt wurde. Allerdings reichte die Motivation zur Würdigung von Straus nicht so weit, dass die damaligen Redebeiträge, wie angekündigt, vom Stadtarchiv auch publiziert wurden. Beides ist überfällig: die Distanzierung von Josef Engert und eine angemessene Ehrung von Raphael Straus. Eine Umbenennung des untragbaren Josef-Engert-Preises zu einer nach Raphael Straus benannten Auszeichnung böte sich an.

Anhang

Ungedruckte Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv :

Personalakt Kultusministerium Engert MK 44585

Akt PT-Hochschulen Studium der Philologie MK 72956

Personalakt Kultusministerium Anton Kiesselbach MK 54750

Bundesarchiv Berlin:

Akt Engert: BAL RK I 0097

Institut für Zeitgeschichte München:

Nachlass Armin Ziegler ED 901 Bd. 25, zu Josef Wolany OLG Posen

Staatliche Bibliothek Regensburg:

Nachlass Engert IM/NL Engert

Universitätsarchiv Regensburg:

Personalakt Engert UAR PTH 178/3

Akt Ehrenpromotion Dr. Rudolf Graber, 1976

Universitätsbibliothek Regensburg:

Nachlass Engert UBR 228/AM 95800E57

Schriften von Josef Engert

Denkschrift zur Errichtung eines Missions-Institutes in Bayern, maschinenschriftlich 1913.

Vom Sinn des deutschen Krieges - Kriegsgedanken, Hauptstelle Kath.-sozial. Vereine München, 1916.

Katholik und Staat, in: *Korrespondenz- und Offertenblatt für alle katholischen Geistlichen Deutschlands*, hrsg. von Josef Engert, Nr. 11 und 12, 1933.

Wohin geht Amerika? Kulturphilosophische Reisenotizen, Schöningh Paderborn, 1937.

Theologie und erbpsychologische Forschung, in: *Theologie und Glaube*, hrsg. von Bischöfliche philosophisch-theologische Fakultät zu Paderborn 1938.

Religion und Volkstum, in: *Kleruskalender*, hrsg. von Josef Engert, 1939

Staat und Rasse – Zeitpolitischer Aufsatz, unveröffentlichte Druckfahne vorgesehen für *Kleruskalender*, um 1939.

Naturwissenschaft und Religion, Feldpostbriefe der Hochschule Regensburg, 1944.

© Robert Werner

Leicht überarbeitet bzw. Anhang ergänzt im Juni 2014.

Erschienen auf Regensburg-Digital <http://www.regensburg-digital.de/t/josef-engert/>